

ÖkologiePolitik 199 / Juni 2025

42. Jahrgang | ISSN 1430-6646 | 6,- € Printausgabe | 3,- € PDF
Journal der Ökologisch-Demokratischen Partei | www.oedp.de

ödp



Ökologie Politik

DEMOKRATIE VERTEIDIGEN
UND STÄRKEN!

TITELTHEMA: DEMOKRATIE VERTEIDIGEN UND STÄRKEN!

- 4 KULTURGESCHICHTE & GEGENWART
„Die radikalste Form der Zivilisierung von Macht“
von Günther Hartmann
- 6 WAHLRECHT
Schutz der Demokratie? Oder der großen Parteien?
von Dr. Björn Benken und Dr. Andrea Brieger
- 10 PARLAMENT & LOBBYISMUS
„Eine Hand wäscht die andere“
Interview mit Marco Bülow
- 12 GRUNDRECHTE
„Das zentrale Fundament von Demokratien“
Interview mit Christian Felber
- 16 WÄHLER
„Nun mal im Ernst ...“
Interview mit Prof. Dr. Bernhard Hommel
- 19 DIGITALE TRANSFORMATION
„Wir brauchen eine digitale Alphabetisierung!“
Interview mit Ralf Hanselle

ÖDP INTERN

- 22 BUNDESVORSTAND
Macht das noch Sinn, was wir hier veranstalten?
von Günther Brendle-Behnisch
- 25 BUNDESVERBAND
**Erfolgreiche Pressearbeit:
Wegkommen vom Nachplappern**
von Gerd Pfitzenmaier
- 27 EUROPAPARLAMENT
**Aktiv für mehr Tierwohl, gesunde Lebensmittel und
nachhaltiges Wirtschaften – jetzt auch als „Ökologia“**
von Manuela Ripa
- 30 JUNGE ÖKOLOGEN
Gründung der JÖ Süd: ein wegweisender Schritt
- 31 LANDESVERBÄNDE
- 35 BUNDESARBEITSKREISE
- 40 MARIA OPITZ-DÖLLINGER STIFTUNG
- 43 TERMINE, IMPRESSUM

Foto Baum: Ungureanu Liviu/shutterstock.com; Foto Titelseite: Basti93/pixabay.com



Liebe Leserinnen und Leser,

EDITORIAL

der Wiener Psychiater Viktor E. Frankl, der als Jude von 1942 bis 1945 im KZ war und dort seine Ehefrau, seinen Bruder und seine Eltern verlor, sagte 1988 auf einer Gedenkveranstaltung: „Der Nationalsozialismus hat den Rassenwahn aufgebracht. In Wirklichkeit gibt es aber nur zwei ‚Menschenrassen‘, nämlich die ‚Rasse‘ der anständigen Menschen und die ‚Rasse‘ der unanständigen Menschen. Und die ‚Rassentrennung‘ verläuft quer durch die Nationen und innerhalb jeder einzelnen Nation quer durch alle Parteien. Dass die anständigen Menschen in der Minorität gewesen sind und voraussichtlich auch bleiben werden – damit müssen wir uns abfinden. Gefahr droht erst dann, wenn ein politisches System die Unanständigen, also die negative Auslese einer Nation, an die Oberfläche schwemmt. Dagegen ist keine Nation gefeit.“

Genau das erleben wir derzeit. Doch wie konnte es dazu kommen? Rechtsextremisten gab es schon immer – die „National-Zeitung“ hatte in den 1970er-Jahren eine Auflage von über 100.000 Exemplaren! –, doch in der Bevölkerung erzeugten ihre Parolen keine Resonanz. Bei Wahlen blieben die NPD und DVU bedeutungslos. Das hat sich geändert. Die AfD stieg in den ostdeutschen Bundesländern zur stärksten Kraft auf. Und laut mancher Umfragen ist sie das inzwischen auch bundesweit. Ohne dafür viel tun zu müssen. Sie profitiert fast nur von einem wachsenden Unmut über die Politik der letzten Jahrzehnte. Und dieser Unmut richtet sich auch gleich gegen unsere Demokratie an sich.

Was tun, um unsere Demokratie zu verteidigen und zu stärken? Eine mögliche Strategie ist, was der Staatsphilosoph Carl Schmitt generell als Basis für innenpolitische Stabilität ansah: das Propagieren von klaren Feindbildern! Politik als inszenierter Kampf gegen das Böse! Auch das erleben wir aktuell. Eine andere Strategie wäre allerdings, den Ursachen für die zunehmende Demokratieverdrossenheit nachzugehen und diese zu beheben. Diese zweite Strategie ist nicht so simpel wie die erste, sondern deutlich komplizierter, langfristig aber wohl die bessere. Mit ihr befasst sich diese Ausgabe der ÖkologiePolitik.

Viel Spaß beim Lesen, Nachdenken und Diskutieren wünschen Ihnen

Günther Hartmann

Jan Altnickel

PS: Weitere Artikel, Interviews, Kolumnen und Buchrezensionen finden Sie auf der Website www.oekologiepolitik.de.

Günther Hartmann

Verantwortlicher
Redakteur



Jan Altnickel

Stellvertretender
verantwortlicher
Redakteur





Auf Einladung der ÖDP München hielt Prof. Dr. Rainer Mausfeld im März 2024 in der ausverkauften Münchner Muffathalle einen Vortrag über Demokratie.

KULTURGESCHICHTE & GEGENWART

„Die radikalste Form der Zivilisierung von Macht“

Wer die Demokratie verteidigen und stärken möchte, sollte wissen, was ihr Wesenskern ist. Der Kognitionswissenschaftler Prof. Dr. Rainer Mausfeld ging dieser Frage nach und tauchte dafür tief in die Kulturgeschichte ein.

von Günther Hartmann

Wer viel besitzt, will noch mehr besitzen. Wer mächtig ist, will noch mächtiger werden. Dieses Phänomen stellt seit Jahrtausenden ein Kernproblem jeder Gesellschaft dar, denn langfristig zerstört es das Gemeinwohl und ihren Zusammenhalt. Schon frühe Kulturen drohten daran zu zerbrechen – und begannen Strategien zur Begrenzung von Macht zu entwickeln. Im Alten Griechenland entstand eine sehr wirksame: die Demokratie. „Demokratie ist die radikalste Form der Zivilisierung von Macht“, stellt Rainer Mausfeld

fest. „Die Eliten wurden einer vollständigen Kontrolle und Rechenschaftspflicht gegenüber der gesellschaftlichen Basis unterworfen.“

Aushöhlung der Intention

Doch diese ursprüngliche Intention der Demokratie geriet in den letzten Jahrzehnten immer mehr aus dem öffentlichen Bewusstsein. Und dies wurde dazu genutzt, sie zu untergraben. „Die Macht wird heute wieder entzivilisiert“, sagt Mausfeld. „Mühsam gewonnene zivilisatorische Errungenschaften werden rückgebaut.“ Als Beispiele nennt er

die zunehmende Ökonomisierung und soziale Ungleichheit, den Ausbau der Überwachung und die Einengung des öffentlichen Debattenraums.

Das überproportionale Wachstum großer Vermögen ist kein Zufall, sondern das Ergebnis gezielter politischer Entscheidungen. Da sie nach und nach erfolgten, blieb ihre Wirkung weitgehend unbemerkt und rief keine heftige Gegenreaktion hervor. So gelang es, den erwirtschafteten Wohlstand immer mehr von unten nach oben umzuverteilen. Mausfeld vergleicht dies mit einer Sperrklinke, die sich nur in eine Richtung drehen lässt.

Steuerung der öffentlichen Meinung

Warum gibt es so wenig Widerstand? Warum sind wir nicht in der Lage, „robuste gesellschaftliche Schutzballen“ gegen den Demokratieabbau zu entwickeln. Als Psychologe kennt Mausfeld die menschlichen Schwächen genau und beschreibt, wie diese genutzt werden, um Zustimmung zu einer Politik zu erzeugen, die der großen Mehrheit der Bevölkerung nicht nützt, sondern schadet.

Doch unbewusst wird das von ihr durchaus gespürt. Wie Meinungsumfragen aufzeigen, wächst das Gefühl politischer Ohnmacht. Und das Vertrauen in die Politik sinkt. Das beunruhigt die Machteliten. Sie fürchten, die Kontrolle zu verlieren. 2024 wurde deshalb auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos



Vortrag von Prof. Dr. Rainer Mausfeld

Demokratie am Abgrund?

ÖDP München, 13.03.2024

www.t1p.de/hv0wm

Vortrag von Prof. Dr. Rainer Mausfeld

Wie werden politische Debatten gesteuert?

ÖDP München, 04.06.2018

www.t1p.de/2gl8x

Interview mit Prof. Dr. Rainer Mausfeld

„Plumpe Lügen sind eher die Ausnahme“

ÖkologiePolitik, 06.11.2017

www.t1p.de/u2f3



Rainer Mausfeld

Hybris und Nemesis

Wie uns die Entzivilisierung von Macht in den Abgrund führt – Einsichten aus 5000 Jahren Westend, November 2023

512 Seiten, 36.00 Euro

978-3-86489-407-7



Rainer Mausfeld, Daniela Dahn

Tamtam und Tabu

Meinungsmanipulation von der Wendezeit bis zur Zeitenwende

Westend, September 2022

240 Seiten, 14.00 Euro

978-3-86489-915-7



die „Desinformation“ als größte Bedrohung definiert und ihrer „Bekämpfung“ höchste Priorität zugeschrieben.

Für Mausfeld ist „Bekämpfung von Desinformation“ nur eine sprachliche Verschleierung von Manipulation: Die Meinung der Herrschenden soll zur herrschenden Meinung werden. Er spricht in diesem Zusammenhang von „ideologischer Macht“. Mithilfe von sinnstiftenden Denkkategorien, Deutungszusammenhängen und Rahmenerzählungen wird das öffentliche Bewusstsein geformt. Und ist es geformt, so ist das Beharrungsvermögen in der Scheinrealität hoch – was schon Platon wusste und in seinem Höhlengleichnis beschrieb.

Was tun? Die richtigen Fragen stellen!

„Wenn sie dich dazu bringen können, die falschen Fragen zu stellen, brauchen sie sich über die Antworten keine Sorgen machen“, zitiert Mausfeld den amerikanischen Schriftsteller Thomas Pynchon. Die richtigen Fragen zu stellen, ist ein wichtiges und wirksames Instrument zur Aufklärung und Veränderung. Und genauso wichtig ist der Mut zum Wahrnehmen und zum Beschreiben der Wirklichkeit. Oder wie es der deutsche Schriftsteller Ferdinand Lassalle ausdrückte: „Aussprechen, was ist!“

WAHLRECHT

Schutz der Demokratie? Oder der großen Parteien?

Das Bundesverfassungsgericht stuft derzeit die Chancengleichheit der Parteien als weniger wichtig ein als andere Verfassungsziele. So lehnte es im Dezember 2024 ab, die hohen Wahlzulassungshürden für Parteien, die noch nicht im Bundestag oder einem Landtag vertreten sind, zu senken. Diese Entscheidung ist rechtlich kritikwürdig und gefährlich für die Demokratie.

von Dr. Björn Benken und Dr. Andrea Brieger

Es gab eine Zeit, da sah das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) auch kleine Parteien als unverzichtbare Akteure der Demokratie an. In einem 2004 von der ÖDP erwirkten Urteil schrieb es den Regierungsparteien ins Stammbuch, dass der Wettbewerb zwischen den Parteien auf Dauer nur wirken könne, wenn er nicht auf die Konkurrenz zwischen den bereits existierenden und erfolgreichen beschränkt bliebe, sondern durch das Hinzutreten neuer Wettbewerber und die anhaltende Herausforderung durch die kleinen Parteien erweitert, intensiviert und gefördert würde. Und in einem Urteil von 2008 betonte es, dass Regelungen, die die Bedingungen der politischen Konkurrenz berührten – mit denen also die jeweilige parlamentarische Mehrheit sozusagen in eigener Sache tätig würde –, einer besonders strengen Kontrolle durch die Verfassungsgerichte bedürften.

Diese damalige progressive Sichtweise des Zweiten Senats des BVerfG wich aber schon bald einer Philosophie, die die Benachteiligungen kleiner Parteien wieder aufleben ließ. So lehnte er im Februar 2024 eine Klage gegen die Wiedereinführung der Sperrklausel bei

Dr. Björn Benken

Jahrgang 1963, studierte Wirtschaftswissenschaften und ist selbstständig in der IT-Branche tätig. 1998 trat er in die ÖDP ein, seit 2022 ist er 1. Stellv. Landesvorsitzender der ÖDP Berlin. Seit 2001 engagiert er sich für gerechtere Wahlverfahren, 2019 gründete er das Institut für Wahlrechtsreform.

www.wahlreform.de



Dr. Andrea Brieger

Jahrgang 1975, studierte Geschichte, promovierte in Rechtswissenschaft und arbeitet heute als Datenschutzbeauftragte. 2019 trat sie in die ÖDP ein, seit 2021 ist sie Landesvorsitzende der ÖDP Berlin.

www.oedp-berlin.de



Europawahlen mit dem schon 1979 verwendeten Argument ab, dass ohne diese Hürde die Kleinparteien-Abgeordneten die Funktionsfähigkeit des Parlaments beeinträchtigen. Wie 5 oder 6 deutsche Kleinparteien die Abläufe des EU-Parlaments, dem mehr als 200 weitere Parteien aus verschiedenen Ländern angehören, nennenswert stören könnten, blieb allerdings sein Geheimnis.

Im September 2024 verhinderte das BVerfG in einer Eilentscheidung die Umsetzung eines Beschlusses des OVG Berlin-Brandenburg, welches den Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) verpflichtet hätte, die Tierschutzpartei bei einem erwarteten Stimmenanteil von

Nach Ansicht der ÖDP verletzen die Unterschriftenquoten das in Artikel 21 GG verankerte Verfassungsgut der Chancengleichheit von Parteien.

mehr als 2% in der Wahlberichterstattung zu erwähnen. Im Dezember 2024 erging dann ein weiterer Beschluss, der ganz im Sinne der großen Parteien war – und im Folgenden näher beleuchtet werden soll.

Klage gegen hohe Unterschriftenquoten

Mit einer 2023 eingereichten Klage hatte sich die ÖDP gegen das neue Bundeswahlgesetz und insbesondere gegen die unterlassene Anpassung der Höhe der Unterstützungsunterschriften gewandt. Sie rügte, dass die Unterschriftenquoten unverhältnismäßig hoch seien, teilweise gar nicht erforderlich und oft nicht geeignet, die damit verknüpften Schutzziele zu erreichen. Das Zulassungsquorum führe zu Nachteilen, die sich nicht nur im Falle des Scheiterns an der Hürde zeigten. Auch im Erfolgsfall entstünden erhebliche Kosten für die Bewältigung dieser Aufgabe. Insgesamt verletze die Regelung das in Artikel 21 GG verankerte Verfassungsgut der Chancengleichheit von Parteien.

BVerfG betont „Integrationswirkung“

Dieser Argumentation hat sich das BVerfG nicht angeschlossen. Seiner Ansicht nach ist es legitim, durch Unterschriftenquoten die Zulassung für kleinere Parteien zu erschwe-

ren, da die Reduktion der Wahlangebote auf dem Stimmzettel einen Beitrag zur „Integrationswirkung“ von Wahlen leiste. Ein kleineres Wahlangebot und die daraus folgende Umverteilung der Stimmen würde Stimmenzer-splitterung verhindern und die Legitimation der Gewählten im Parlament vergrößern.

In der Tat: Je geringer das Wahlangebot, desto höher wird das Ergebnis für die zur Wahl stehenden Parteien ausfallen. Wie das in letzter Konsequenz aussieht, lässt sich in Staatsformen mit nur einer Partei beobachten. Den Zustimmungsgrad zu erhöhen, indem man im Vorfeld der Wahl das Angebot

Nach Ansicht des BVerfG leistet die Reduktion der Wahlangebote auf dem Wahlzettel einen Beitrag zur „Integrationswirkung“ von Wahlen.

durch die letztlich undemokratische Eliminierung von Wahlvorschlägen künstlich beschränkt, erscheint jedenfalls nicht geeignet, die sogenannte demokratische Legitimation eines Wahlverfahrens zu steigern.

Interessant ist auch, dass der vom Gericht verwendete Begriff „Integrationswirkung“ im Zusammenhang mit Wahlen innerhalb der letzten 70 Jahre unterschiedliche Verwendung gefunden hat. In den frühen Jahren der Bundesrepublik war damit die Kanalisierung von Wählerstimmen hin zu den größten Parteien gemeint. Damit sollte die Regierungsfähigkeit gesteigert und „Weimarer Verhältnisse“ verhindert werden.



ÖDP Berlin
Politischer Salon zur Chancengleichheit der Parteien
 20.02.2025
<https://oedp-berlin.de/20022025>

Seit den 1990er-Jahren veränderte sich die Auslegung und das BVerfG verstand unter dem Integrationscharakter der Wahl, dass durch den demokratischen Wahlakt verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen eine Stimme gegeben werden kann. Die Integrationswirkung besteht demnach darin, dass durch das gleichberechtigte Hervortreten im Wahlkampf politische Vielfalt sichtbar wird und gesellschaftlicher Zusammenhalt damit

Es gibt ein viel geeigneteres Mittel, die demokratische Legitimation von Wahlen zu erhöhen: die integrierte Stichwahl.

gestärkt wird. Im aktuellen Beschluss ist von dieser Gemeinschaft stiftenden Lesart nichts mehr zu finden. Das BVerfG greift sozusagen in die Mottenkiste der Auslegungskunst und

spricht ganz im Geiste der 1950er-Jahre von einer Integrationswirkung durch Ausschluss von Konkurrenz.

Argumentation des BVerfG ist unlogisch

Die ÖDP hatte in den eingereichten Schriftsätzen ein kleines Rechenexempel eingebaut und dem Gericht vorgerechnet, dass sich die Legitimation der Gewählten in einem Wahlkreis durch Ausschluss von Parteien, die in der Summe etwa 1% der Wählerstimmen auf sich vereinen würden, nur um 0,1 Prozentpunkte steigern ließe. Die vom Gesetzgeber vorgesehene Hürde ist demnach gar nicht geeignet, den Zustimmungsgrad in den Wahlkreisen relevant zu erhöhen. Es gäbe ein viel geeigneteres und gleichzeitig milderer Mittel, die demokratische Legitimation von Wahlen zu erhöhen: Durch die integrierte Stichwahl, bei der die Wählenden

die Wahlvorschläge in der Rangfolge ihrer Gunst kennzeichnen und eine Sequenz simulierter Stichwahlen Wahlkreisgewinner mit absoluter Mehrheit hervorbringt, könnte

Das BVerfG stärkt die Machtbasis großer Parteien in den Parlamenten, aber es stärkt nicht ihre Legitimation.

der Zustimmungsgrad der in den Wahlkreisen Gewählten um etwa 15 Prozentpunkte gesteigert werden.

Das BVerfG hat sich mit diesem Argument leider nicht auseinandergesetzt, sondern nur lapidar festgestellt, auch in einem Wahlsystem mit Ersatzstimme gelänge die Sicherung des Integrationscharakters der Wahl nicht vollständig. Der Gesetzgeber sei nicht dazu verpflichtet, ein derartiges Verfahren einzuführen. Hierdurch kommt es zu einer bedenklichen argumentativen Schiefelage: Für die praktisch kaum messbare Steigerung des Zustimmungsgrades bei Wahlen soll der Gesetzgeber einerseits berechtigt sein, demokratische Rechte von Parteien durch deren Ausschluss von der Wahl einzuschränken. Andererseits soll er aber nicht verpflichtet sein, zur Erreichung des gewünschten Zieles ein offenkundig milderer Mittel zu wählen.

BVerfG untergräbt Vertrauen in Demokratie

Dies kann nicht überzeugen und schwächt im Ergebnis die Demokratie unseres Landes. Das BVerfG stärkt die Machtbasis großer Parteien in den Parlamenten, aber es stärkt nicht ihre Legitimation. Denn der Ausschluss von Kleinparteien wirkt sich zweifach negativ aus: Erstens ist zu erwarten, dass die Wahlbeteiligung unter den Anhängern der ausgeschlossenen Parteien zurückgeht. Zweitens wird die Zufriedenheit mit dem Wahlergebnis – letzt-



Björn Benken
Integrative Wahlsysteme
Ersatzstimme, Dualwahl, Integrierte Stichwahl: Verfassungsrechtliche Herausforderung und politische Chance
95 Seiten, 24,00 Euro
Nomos, Oktober 2022
978-3-7560-0048-7



Björn Benken,
Alexander Trennheuser (Hrsg.)
Mehr Demokratie dank Ersatzstimme?
Neue Wahlrechts-Konzepte in der Diskussion
216 Seiten, 44,00 Euro
Nomos, August 2023
978-3-7560-0089-0



lich der wichtigste Faktor für die gewünschte Legitimation – sinken, wenn Anteile der Bevölkerung gezwungen sind, ihr Kreuz bei dem aus ihrer Sicht „geringsten Übel“ zu machen, anstatt ihre Lieblingspartei wählen zu können.

Mit seiner Entscheidung geht das BVerfG deshalb das Risiko ein, dass das Vertrauen in die Demokratie als bestes aller zur Verfügung stehenden Systeme weiter an Boden verliert.

Es ist zu erwarten, dass die Wahlbeteiligung unter den Anhängern der ausgeschlossenen Parteien zurückgeht.

Scheitern Parteien an der Unterschriftenhürde, werden nicht nur diese Parteien vom Stimmzettel gedrängt; auch ihre Anhänger – die in der Summe einen nicht unerheblichen Teil der Gesellschaft darstellen – verlieren ihre politischen Ausdrucksmöglichkeiten. Der damit verbundene Frust muss nicht zwangsläufig, kann aber durchaus zur Radikalisierung und Desintegration großer gesellschaftlicher Gruppen führen.



Foto: Endzeitler/pixabay.com

PARLAMENT & LOBBYISMUS

„Eine Hand wäscht die andere“

Laut Grundgesetz geht die Macht vom Volke aus. Doch die gewählten Volksvertreter entscheiden oft nicht gemeinwohlorientiert, sondern so, wie es die Lobbyisten profitorientierter Organisationen wünschen. Ein ehemaliger Bundestagsabgeordneter hat dieses System jahrelang erlebt.

Interview mit Marco Bülow

ÖkologiePolitik: Herr Bülow, wie stark ist der Einfluss der Lobbyisten auf die Politik?

Marco Bülow: Sehr viel größer, als dies gemeinhin vermutet wird. Aktuell sind beim Deutschen Bundestag mehr als 27.000 Lobbyisten offiziell gemeldet. Die kosten ihre Auftraggeber sehr viel Geld. Und das würden diese nicht ausgeben, wenn sie damit nichts bewirken.

Braucht es Lobbyismus, um den in der Regel fachfremden Politikern komplexe Sachverhalte zu erläutern?



Vortrag von Marco Bülow
Wie der Lobbyismus die Demokratie zerstört
ÖDP München, 15.04.2024
www.oedp-muenchen.de/service/vortraege

Interview mit Marco Bülow
„Wir müssen die Spielregeln des politischen Systems verändern!“
NachDenkSeiten, 24.03.2025
www.nachdenkseiten.de/?p=130628

Marco Bülow
Demokratie-Demontage
Overton, 26.03.2025
www.t1p.de/kv74l

Marco Bülow
Deutsche Rüstungspolitik: Fakten gegen Fake News
Telepolis, 19.04.2025
<https://telepolis.de/-10356951>



Foto: Julia Bornkessel

Marco Bülow

Jahrgang 1971, studierte Journalistik, Geschichte und Politikwissenschaft und war anschließend einige Jahre als freier Journalist tätig. Von 1992 bis 2018 war er SPD-Mitglied und von 2002 bis 2021 Bundestagsabgeordneter – ab 2018 als Parteilooser, ab 2020 als Mitglied der Satirepartei „Die Partei“.

www.lobbyland.de

Ein gewisses Maß an Interessensvertretung ist durchaus sinnvoll. Das Problem ist aber, dass gerade hier ein extremes Ungleichgewicht herrscht. Die profitorientierten Organisationen sind den gemeinwohlorientierten in allen Belangen haushoch überlegen, haben deutlich mehr Personal, mehr Geld und mehr strategisches Know-how. Deshalb können sie die Politik sehr viel stärker beeinflussen. Sie haben Netzwerke aufgebaut, die bei jeder Regierung funktionieren.

Mit welchen Mitteln schaffen es Lobbyisten, die Politik zu ihren Gunsten zu beeinflussen? Fließt Geld?

Direkt meistens nicht. Das läuft zunächst viel subtiler. Über Gefälligkeiten wird langsam eine Beziehung aufgebaut. Ich erhielt wertvolle Informationen für meine politische Arbeit, durfte als Experte auf Podiumsdiskussionen und als Redner bei Kongressen auftreten, bekam dadurch mehr öffentliche

Aufmerksamkeit und mehr Relevanz innerhalb des Bundestags. Kurz: Meine politische Karriere wurde unterstützt und gefördert. Und irgendwann war ich den Lobbyisten was schuldig. Das Motto: „Eine Hand wäscht die andere.“ So läuft das. Es steckt eine ausgeklügelte Strategie dahinter, um aus unabhängigen Parlamentariern nützliche „Lobbytarier“ zu

„Es gibt so gut wie keinen Widerstand gegen dieses System, weil fast alle darin verstrickt sind.“

machen. Eine enge Bindung an die Lobbyisten bringt klare Vorteile für die politische Karriere. Dann kommen aber auch Spenden, Vortragshonorare und bezahlte Nebentätigkeiten dazu. Es locken auch Jobs im Lobbyismus nach der politischen Karriere. Und lukrative Aufsichtsratsposten.

Warum gibt es in der Politik so gut wie keinen Widerstand gegen dieses System?

Weil fast alle in diesem System verstrickt sind. Vor allem die bekannten und erfolgreichen Politiker. Die verdanken ihre Karriere mehr oder weniger den Lobbyisten. Und

„Wenn wir unsere Demokratie nicht grundlegend reformieren, werden sich immer mehr Menschen von der Politik abwenden.“

die haben aufgrund ihrer Karriere innerhalb ihrer Parteien ausreichend Macht, um Widerstand oder gar eine öffentliche Thematisierung und Aufarbeitung dieses Systems zu verhindern. Bei der könnten sie nur verlieren, nichts gewinnen.

Ist das System reformierbar? Was wären die wichtigsten Maßnahmen?

Zunächst braucht es Aufklärung, wie Politik heute funktioniert. Und die mündet dann



Marco Bülow
Korrupt
Wie ich fast Lobbyist wurde und jetzt die Demokratie retten will
Westend, Februar 2025
208 Seiten, 20.00 Euro
978-3-86489-484-8

Marco Bülow
Lobbyland
Wie die Wirtschaft unsere Demokratie kauft
Das Neue Berlin, Oktober 2021
208 Seiten, 15.00 Euro
978-3-360-01378-1



Foto: geralt/pixabay.com

hoffentlich in die Erkenntnis, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Und in Handlungen zu einer grundlegenden Reform unserer Demokratie. Nur ein paar kleine Reförmchen wären zu wenig. Das ganze politische System muss umgebaut und die unfairen Spielregeln müssen abgeschafft werden: vom Wahlrecht bis hin zu mehr Bürgerbeteiligung. Die wichtigsten Maßnahmen, Ideen und Initiativen beschreibe ich in meinem neuen Buch. Wenn wir unsere Demokratie nicht grundlegend reformieren, werden sich immer mehr Menschen von der Politik abwenden: in die innere Emigration oder zum Rechtsextremismus.

Herr Bülow, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

GRUNDRECHTE

„Das zentrale Fundament von Demokratien“

Während der Corona-Pandemie wurden unsere Grundrechte massiv beschnitten. Für den Initiator der Gemeinwohl-Ökonomie war dies Anstoß, gründlich über die Bedeutung der Grundrechte für unsere Demokratie und für das Gemeinwohl nachzudenken. Und über Maßnahmen, die Grundrechte zu stärken.

Interview mit Christian Felber



ÖkologiePolitik: Herr Felber, in welcher Beziehung stehen die Demokratie, das Gemeinwohl und die Grundrechte zueinander?

Christian Felber: Grundrechte sind das zentrale Fundament und Erkennungsmerkmal von Demokratien. Je besser geschützt die Grundrechte in einem Staat sind, als desto demokratischer kann man ihn erachten, umgekehrt geht es mit zunehmender Einschrän-

„Je besser geschützt die Grundrechte in einem Staat sind, als desto demokratischer kann man ihn erachten.“

kung von Grundrechten in Richtung Autokratie und Diktatur. Das Gemeinwohl ist zwar zunächst abstrakt, aber explizit der Zweck der Demokratie. Entscheidend ist das Zustandekommen der Definition. Je demokratischer es definiert wird, desto verlässlicher der Inhalt. Meine bescheidene Formel: Das Gemeinwohl setzt sich aus Grundwerten, Grundbedürfnissen und Grundrechten zusammen. Damit ist auch gleich der Spagat zwischen Gemeinwohl und Menschenwürde mitgemacht. Fehlen die Grundrechte im Gemeinwohl-Verständnis,

Christian Felber

Jahrgang 1972, studierte romanische Philologie und als Nebenfächer Politikwissenschaft, Psychologie und Soziologie. Seit 1996 ist er als freier Autor tätig, war 2000 Mitbegründer von Attac Österreich und initiierte 2010 zusammen mit einer Gruppe von Unternehmern die inzwischen international agierende Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung und die „Genossenschaft für Gemeinwohl“. Er unterrichtete bislang an 8 Hochschulen und Universitäten, war Senior Fellow am IASS Potsdam und wurde mit mehreren Preisen ausgezeichnet.

www.christian-felber.at



Foto: Robert Gortana

besteht die Gefahr des Abgleitens eines Gemeinwesens in eine totalitäre Richtung, sei es nach rechts oder links.

Warum haben Sie über die Grundrechte ein Buch verfasst?

Grundrechte sind Menschenrechte. Die sind in letzter Zeit zunehmend unter Druck geraten. Der konkrete Anlass war das überraschend autoritäre Krisen-Management während der Corona-Pandemie, auch in vielen liberalen Demokratien. Weltweit wurden bis zu 25 Grundrechte eingeschränkt: vom Schutz des Lebens und der Unversehrtheit

„Das Gemeinwohl ist zwar zunächst abstrakt, aber explizit der Zweck der Demokratie.“

über die Kinderrechte und das Recht auf Bildung bis zum Recht auf soziale Sicherheit und Schutz vor Hunger. Hätte das jemand als Ziel vorgeschlagen, es hätte in weiten Teilen der Bevölkerung einen Demokratie-Alarm höchster Stufe ausgelöst. Doch in der Pandemie hat es eine Regierung der anderen nachgemacht, und kein geringer Teil der Bevölkerung hat es akzeptiert. Ich möchte mit dem Buch dreierlei zeigen. Erstens: Die massiven Einschränkungen waren nicht nötig, Länder ohne Lockdowns kamen besser durch die Krise. Zweitens: Die invasiven Eingriffe und der Diskurs darüber haben unsere Gesellschaft nachhaltig gespalten. Drittens: Ich möchte vermeiden, dass wir in kommenden Krisen denselben Fehler wiederholen – durch die stärkere rechtliche Absicherung von Grundrechten.

Wie konnte es zu einem solchen Abgleiten der Politik ins Autoritäre kommen?

Es hat eine Reihe von Faktoren zusammengespielt. Auffallend ist – und das sollte auch in einer gründlichen Aufarbeitung beleuchtet werden –, dass es das Phänomen „Lockdown“ bis 2020 in der Epidemiologie nicht gab. Der Begriff kommt aus dem Gefängnismanagement und bezeichnet die Bestrafung von Häftlingen nach Fehlverhalten. Doch eine Demokratie ist kein Gefängnis, und Staats-



Interview mit Christian Felber
„Der Staat hat sich am heiligen Schrein der Demokratie vergriffen“
 NachDenkSeiten, 17.02.2025
www.nachdenkseiten.de/?p=128795

Interview mit Christian Felber
„Die Kunst der Balance“
 ÖkologiePolitik, 29.11.2023
www.t1p.de/nx3ms

Vortrag von Claudine Nierth und Christian Felber
Die Demokratie von morgen
 ÖDP München, 23.05.2023
www.t1p.de/ofr4j

bürger sind keine Häftlinge. Das war schon eine sprachliche Demütigung des Souveräns. Der erste Lockdown stammt aus China. Auffallend war das rasche Lob des chinesischen Weges durch den WHO-Generaldirektor, obwohl das nicht in den Pandemievorkeh-

„Je demokratischer das Gemeinwohl definiert wird, desto verlässlicher der Inhalt.“

rungen der WHO stand. Dieses Lob hat es Demokratien leichter gemacht, dem autoritären Weg zu folgen. Nicht alle haben es getan. Schweden hielt sich an seinen lange ausgearbeiteten Pandemieplan. Aus einer historischen Perspektive könnte man sagen: Lieber von Demokratien lernen als von Diktaturen. Das galt für den Neoliberalismus, der kam aus dem Chile des Generals Pinochet, und nun für die Lockdowns.

Welche Rolle spielten die Medien?

Mehreren Studien zufolge haben die Qualitätsmedien ihre angestammte Rolle der Kontrolle der Mächtigen kaum wahrgenommen und stattdessen die Regierungslinie unkritisch mitgetragen. Sei es durch die praktisch vollkommen unterbliebene Belichtung negativer Folgewirkungen von Grundrechtseinschrän-

kungen oder durch einseitige Faktenchecks kritischer Stimmen. Die Medien spielten bei der „Rallye round the flag“ mit, was ein Hinweis dafür ist, dass sie das Framing der Pandemie als „Krieg“ akzeptierten, anstatt diesen Frame zu dekonstruieren und den einhergehenden Notstand zu hinterfragen. Eine Pandemie ist kein Krieg. Der vielleicht kontraproduktivste Beitrag war die Zweiteilung der

„Das Gemeinwohl setzt sich aus Grundwerten, Grundbedürfnissen und Grundrechten zusammen.“

Gesellschaft in „solidarische“ Befürworter der Regierungsmaßnahmen und „Corona-Leugner“, „Querdenker“ oder gleich „Covidioten“. So unterblieb der sonst übliche demokratische Diskurs in all seinen Schattierungen. Ich bin davon überzeugt, dass die Mehrheit der Bevölkerung keinem der beiden Extrempole „Lockdown“ oder „Laufenlassen“ zugestimmt hätte, wenn moderate Mittelwege – ähnlich dem in Schweden – aufgezeigt und diskutiert worden wären, z. B. Maßnahmen auf Basis von Empfehlungen und Gesetzen, jedoch ohne Grundrechtseinschränkungen. Diese moderaten Mittelwege wurden unsichtbar gemacht. Es wurden nur die Pole diskutiert. Das spaltete die Gesellschaft. Diese Fehlleistung der Gestalter des öffentlichen Diskurses sollte meines Erachtens am dringendsten aufgearbeitet werden.

Welche Rolle spielte die Sprache?

„Lockdown“ spricht eigentlich für sich, das ist ein Knock-down der Demokratie. Eine subtilere Manipulation war die Gleichsetzung der Kritiker von Regierungsmaßnahmen mit „Maßnahmegegnern“. Doch so wie Kritiker von SUVs keine Mobilitätsgegner sind und Kritiker der Kernkraft keine Energiefeinde, lehnten bei Covid-19 viele Kritiker nur bestimmte Maßnahmen ab, aber nicht Maßnah-



Foto: mabufoto/pixabay.com

men an sich. Gleich gut wäre es möglich gewesen, diese Kritiker als „Grundrechteschützer“ zu bezeichnen. Der Spieß hätte auch ganz umgedreht werden können: Befürworter des Regierungskurses hätten ebenso konsequent als „Grundrechtegegner“ geframt werden können wie die Verteidiger der Grundrechte

„Fehlen die Grundrechte im Gemeinwohl-Verständnis, besteht die Gefahr des Abgleitens in eine totalitäre Richtung.“

als „Schwurbler“, „Verschwörungstheoretiker“ oder „Wissenschaftsleugner“ bezeichnet wurden. Das wäre ebenso unsachlich gewesen, aber es zeigt, wie massiv und wirkmächtig hier mit Sprache manipuliert wurde.

Was sind die wichtigsten Maßnahmen, damit sich solch ein Abgleiten ins Autoritäre bei der

nächsten Pandemie oder anderen Krisen nicht wiederholt?

Neben der Wiederherstellung einer minimalen Diskursethik und der Wiederfindung eines pluralen Diskurses in den Medien und der Wissenschaft, der einer Demokratie würdig ist, ist das Wichtigste aus meiner Sicht ein Ablegen der „Notstandsmentalität“. Diese, in Zusammenhang mit Angstmache und Kriegsrhetorik, bereitet den Boden für die Einschränkung von Grundrechten. Der nächste Notstand steht rhetorisch bereits vor der Tür. Ich halte es für zielführend, die sogenannten „Notstandsgesetze“ von 1968 dahingehend zu „entschärfen“, dass in Krisen keine massiven Grundrechtseinschränkungen

„Ein innovativer Ansatz: den Schutz von Grundrechten in das Gemeinwohl-Produkt eines Landes aufnehmen.“

mehr möglich sind. Generell sollten Grundrechtseinschränkungen erschwert werden, z. B. nur noch auf Basis wissenschaftlicher Evidenz oder durch strenge Befristung. Bei Gesundheitsmaßnahmen sollten Gesundheitsfolgenabschätzungen verpflichtend werden, und das Vorsorgeprinzip darf nicht in sein Gegenteil verkehrt werden. Es besagt laut gültigem EU-Recht, dass von riskanten Eingriffen oder Technologien – z. B. Lockdowns, Massentesten Gesunder oder verpflichtenden mRNA-Impfungen – Abstand genommen werden soll. Es rechtfertigt gerade nicht deren Einsatz, um einen möglichen Schaden zu verhüten. Eine weitere Möglichkeit wäre die Einrichtung eines demokratischen Krisenrates, dem alle wesentlichen Gruppierungen der Bevölkerung angehören und der mit einem Veto gegen Grundrechtseinschränkungen ausgestattet wird. Zusätzlich sollten einige Grundrechte aufgewertet werden, z. B. könnte das Recht auf



Christian Felber
Lob der Grundrechte
Wie wir in kommenden Krisen das Gemeinwohl schützen
Westend, Februar 2025
224 Seiten, 22.00 Euro
978-3-86489-490-9

Christian Felber
This is not Economy
Aufruf zur Revolution der Wirtschaftswissenschaft
Deuticke, September 2019
304 Seiten, 22.00 Euro
978-3-552-06402-7

Christian Felber
Gemeinwohl-Ökonomie
Piper, März 2018
256 Seiten, 12.00 Euro
978-3-492-31236-3



Unversehrtheit von einem relativen zu einem absoluten Recht gestärkt, auf gleiches Niveau wie die Menschenwürde gehoben werden. Das wäre das Ende von Test-, Masken- oder Impfpflichten, damit wäre das größte gesellschaftliche Spaltungspotenzial Geschichte. Andere Grundwerte könnten erweitert werden, z. B. die staatliche Vorzensur auf Nachzensur in den Sozialen Medien, der Nürnberger Kodex auf vorläufig zugelassene Arzneimittel oder das Diskriminierungsverbot auf gesundheitliche Merkmale oder Therapien. Die Genfer Flüchtlingskonvention könnte auf Umweltflüchtlinge ausgeweitet und ökologische Menschenrechte in den UN-Sozialpakt ergänzt werden. Ein innovativer Ansatz bestünde darin, den Schutz von Grundrechten in das Gemeinwohl-Produkt eines Landes aufzunehmen, welches das Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsmaß ablösen würde. So können „wirtschaftsfremde“ Themen wie Grundrechtsschutz oder Friedenserhalt in die gesamtgesellschaftliche Erfolgsmessung eingehen.

Herr Felber, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

WÄHLER

„Nun mal im Ernst ...“

Demokratien brauchen Bürger mit stabiler Psyche und klarem Verstand. Doch diese Eigenschaften schwinden, warnt ein Psychologie-Professor. Psychische Erkrankungen nehmen außergewöhnlich stark zu. Hierfür gibt es Ursachen. Und die liegen in verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungen.

Interview mit Prof. Dr. Bernhard Hommel

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Hommel, was hat Sie bewegt, zuerst ein Buch über linke Identitätspolitik und dann eines über die Neurotisierung unserer Gesellschaft zu schreiben?

Prof. Dr. Bernhard Hommel: Das erste Buch war eine Mischung aus Notwehr und Selbsttherapie. Als ich und meine Frau 2020 nach 20 Jahren in den Niederlanden zurück nach Deutschland kamen, musste ich feststellen, dass ich das Land zwar als linker Grüner verlassen hatte, aber nun ein erzkonservativer Halbfascho zu sein schien – weil sich die Art des Denkens dramatisch verändert hat. Ich wollte den zentralen Treiber dieser Entwick-

„Das massive Anwachsen von psychologischen Problemen in unserer Gesellschaft ist Ausdruck einer Zunahme der Neurotizität bei uns allen.“

lung besser verstehen: die linke Identitätspolitik. Deren Ziele teile ich, aber deren Lösungswege lassen mir als Wissenschaftler die Haare zu Berge stehen. Das Thema meines zweiten Buches ist für einen Psychologen naheliegender: das massive Anwachsen von psychologischen Problemen in unserer Gesellschaft, vor allem bei jungen Menschen. Manche dieser

Probleme richten sich nach innen: in Form von Antriebslosigkeit, Depression oder Angst. Andere nach außen: in Form von immer narzisstischerem und aggressiverem Verhalten. Im Buch entwickle ich die These, dass diese Entwicklungen Ausdruck derselben Ursache sind: der Zunahme der Neurotizität bei uns allen! Aber wenn man versteht, wie Neurosen funktionieren, kann man sie auch abstellen. Dafür mache ich Vorschläge.

Laut einer von Ihnen zitierten Studie hat sich in Deutschland die Zahl derer, die „Wut“ als ihr zentrales Lebensgefühl angeben, in den letzten Jahren verdoppelt. Und verdoppelt hat sich auch die Zahl der AfD-Wähler. Sind das dieselben Menschen?

Dieser Frage gehe ich mit meiner Frau in einem neuen Buchprojekt nach. Viele recht-

Prof. Dr. Bernhard Hommel

Jahrgang 1958, studierte Psychologie und Literaturwissenschaften, promovierte und habilitierte in Psychologie, war von 1997 bis 1999 Leiter einer Arbeitsgruppe am Max-Planck-Institut und von 1999 bis 2022 Professor für Allgemeine Psychologie an der Universität Leiden (Niederlande) sowie seit 2022 Professor an der Shandong Normal University in Jinan (China), zudem seit 2017 Senator der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina.

www.bernhard-hommel.eu



fertigen die eigene Wut mit dem Hinweis, die eigene Perspektive sei in der täglichen Politik nicht hinreichend sichtbar. Und objektiv stimmt das ja. Wenn alle Bewohner der neuen Bundesländer weiblich oder farbig wären, würden linke Politiker sofort Statistiken präsentieren, die belegen, wo Ostdeutsche unterrepräsentiert sind: im Bundestag, in DAX-Vorständen, in der Professorenschaft, bei der Vermögensverteilung. Und sie würden im Namen der Menschenrechte fordern, diesen Missstand zu beheben. Doch leider hat es das Ostdeutsch-Sein nicht als politisch relevantes



Foto: Tyll Lura/pixabay.com

Merkmal auf die Liste der Identitätspolitik geschafft. Und so dominiert im Westen die Attitüde, die Ostdeutschen sollten sich halt nicht so anstellen. Wie sollen Menschen, die sich gedemütigt und missachtet fühlen, Aufmerksamkeit erregen und einen Stachel im Fleisch der westlich dominierten Bundespolitik schaffen? Eine Partei „jenseits der Brandmauer“ zu wählen, erscheint als plausible Strategie.

Sie nennen linke Identitätspolitik und deren Fokussierung auf Gefühle als eine Ursache für die Neurotisierung und Polarisierung unserer Gesellschaft. Inwiefern beeinflusst linke Identitätspolitik aber die Psyche von AfD-Anhängern?

Das Betonen von Identität jeder Art hat die Segregation der Gesellschaft zum Ziel, denn die politische Macht der einen Gruppe soll ja zulasten anderer Gruppen vergrößert



Bernhard Hommel
Wir triggern uns zu Tode
Psychogramm einer neurotischen Gesellschaft
Westend, August 2024
160 Seiten, 20,00 Euro
978-3-86489-464-0

Bernhard Hommel
Gut gemeint ist nicht gerecht
Die leeren Versprechen der Identitätspolitik
Westend, März 2023
224 Seiten, 22,00 Euro
978-3-86489-393-3



werden. Dieser Grundansatz ist spalterisch. Wir Menschen haben verschiedene Eigenschaften und Interessen. Und je nachdem, ob wir die unterscheidenden oder die gemeinsamen betonen, erzeugen wir Spaltung oder Zusammenhalt. Linke Politik hat schon lange aufgehört, alle mitnehmen zu wollen. Stattdessen profiliert sie sich durch Abgrenzung. Das tut die rechte Politik natürlich auch – die

„Das Betonen von Identität jeder Art hat die Segregation der Gesellschaft zum Ziel.“

AfD steht in einer langen separatistischen Tradition. Die Linken aber waren früher viel integrativer unterwegs.

Nun mal im Ernst – wie soll man sich das psychologisch plausibel vorstellen? Wenn ich der großen Mehrheit eines Landes politisch motivierte Sprachregelungen aufzwinge, die sie weder akzeptiert noch versteht, wenn ich ihren minderjährigen Kindern Geschlechtsoperationen ohne ihr Einverständnis erlaube, wenn ich weibliche Fußballfans zwingt, ihre Toilette im Stadion mit alkoholisierten Männern zu teilen, wenn ich in Dörfern so viele Flüchtlinge ansiedele, dass sich die Bewohnerzahl fast verdoppelt, dann kann ich doch nicht

erwarten, dass die Betroffenen aufgeschlossener, toleranter und demokratiegesinnter werden! Das sollte eigentlich einleuchten. Doch solange das nicht passiert, werden die Wahlerfolge der AfD weiter zunehmen.

Sie schlagen in Ihrem Buch eine Fülle an Maßnahmen vor, um die Neurotisierung und Polarisierung zu stoppen. Welche sind die wichtigsten?

Am einfachsten umzusetzen scheinen mir zwei unspektakuläre Maßnahmen: Erstens können wir alle sofort damit anfangen, das Entwickeln einer eigenen Meinung an die

„Inhalt von Emotionen zu trennen, ist ein wesentlicher Bestandteil vieler Therapien.“

dafür nötige Expertise zu koppeln. Warum sollten wir ohne spezifische Sachkenntnisse eine starke Meinung zum Gazakrieg haben? Oder zu China, Russland oder den USA? Sich über Sachen den Kopf zu zerbrechen, die man nicht tatsächlich beeinflussen kann, bringt einem selbst nichts, weil man ja hilflos bleibt. Und auch andere können von unqualifizierten Beiträgen nichts lernen.

Zweitens können wir unsere Wahrnehmung und Verarbeitung von Information systematisch versachlichen. Jedes Ereignis hat sowohl einen Inhalt als auch eine emotionale Wirkung. Der Inhalt kann wichtig sein, aber die emotionale Wirkung macht uns meistens nur unnötig zu schaffen. Mein Chirurg soll einen kühlen Kopf bewahren und braucht mein Leiden nicht aktiv nachzuvollziehen! Pflegekräfte sind emotional oft überfordert, weil das Mitfühlen meist ein wesentliches Motiv für die Wahl ihres Berufes darstellt – doch es ist weder erforderlich noch psychologisch gesund. Nur psychologisch starke, resiliente Helfer sind nützliche Helfer. Stark und resilient bin ich nur dann, wenn ich mich von meinen Gefühlen nicht genauso übermannen



Über Bernhard Hommels
Wir triggern uns zu Tode
ÖkologiePolitik, 24.02.2025
www.t1p.de/apvu2

Über Bernhard Hommels
Gut gemeint ist nicht gerecht
ÖkologiePolitik, 23.07.2024
www.t1p.de/z1457

Kolumnen von Lorenza Colzato und Bernhard Hommel
Leben im Widerspruch
Overton, seit Februar 2023
www.t1p.de/qkl3n

lasse wie diejenigen, deren Leid ich lindern will. Inhalt von Emotionen zu trennen, ist ein wesentlicher Bestandteil vieler Therapien.

Sie sind seit 2022 als Psychologie-Professor in China tätig. Welche Unterschiede zu unserer westlichen Kultur konnten Sie feststellen? Und können wir von der chinesischen Kultur etwas lernen?

Von einer derart alten Kultur kann man natürlich sehr viel lernen. In jedem Fall sind Chinesen viel weniger gefühlsmäßig und daher wohl viel widerstandsfähiger als wir. Politisch sind sie sehr viel mehr auf sich selbst fixiert, weil sie natürlich noch auf dem Weg vom armen Entwicklungsland zur Weltmacht sind. Andere Menschen und Länder beurteilen sie viel weniger, als wir das gewöhnlich tun. Sie wollen andere nicht belehren – und auch nicht selbst belehrt werden. Das könnte auch etwas mit der Ausbildung in dialektischem Denken zu tun haben. Die Menschen lernen, dass Widersprüche nicht unangenehm sein müssen, sondern interessant sein können. Die Fähigkeit, Widersprüche zwischen Sachverhalten, Informationen und Meinungen geduldig zu ertragen und vielleicht sogar intellektuell stimulierend zu finden, ist uns leider abhandengekommen. Für eine offene Gesellschaft ist sie aber ganz essenziell.

Herr Prof. Hommel, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

DIGITALE TRANSFORMATION

„Wir brauchen eine digitale Alphabetisierung!“

Die Digitalisierung beeinflusst die Persönlichkeitsentwicklung. Sie führt zu psychischen Störungen und hemmt die Heranbildung von eigenständigem, kritischem Denken. Gleichzeitig entstehen immer subtilere und wirksamere Methoden der Meinungssteuerung.

Interview mit Ralf Hanselle

ÖkologiePolitik: Herr Hanselle, wie verändert unsere Digitalkultur Kindheit und Jugend?

Ralf Hanselle: Es gibt immer mehr Studien, die sehr eindeutig darauf hinweisen, dass die Digitalkultur Erleben, Wissen und Weltaneignung fundamental verändern. Zuletzt etwa hat in den USA das Buch „The Anxious Generation“ – deutsch: „Generation Angst“ – des New Yorker Psychologen Jonathan Haidt für Furore gesorgt. Haidt konnte auf Grundlage von belastbaren Untersuchungen nachweisen, dass Smartphone, Social Media und Metaversum zu einer katastrophalen Verschlechterung der psychischen Gesundheit und der sozialen Kompetenz von Kindern und Jugendlichen



Foto: Helen Jank/psabay.com

Ralf Hanselle

Jahrgang 1972, studierte Germanistik und Philosophie, arbeitete bis 2021 als freier Autor für verschiedene deutsche Tages- und Wochenzeitungen, übernahm 2021 das Ressort „Kultur“ beim politischen Magazin „Cicero“ und ist seither auch dessen stellvertretender Chefredakteur.

hanselle@cicero.de



führen – und das unwiederbringlich. Und Haidt steht damit längst nicht mehr alleine. In Deutschland etwa warnt seit Jahren auch

„Smartphone und Social Media verschlechtern die psychische Gesundheit und soziale Kompetenz von Kindern und Jugendlichen.“

der Psychoneuroimmunologe Joachim Bauer vor einem wachsenden Weltverlust unserer Kinder. Immer mehr westliche Regierungen gehen mittlerweile dazu über, die Digitalisierung in Schulen und Bildungseinrichtungen rückabzuwickeln. Zuletzt sorgten hier etwa Australien und Dänemark immer wieder für interessante Schlagzeilen. Leider scheint man

in Deutschland in dieser Hinsicht den aktuellen Wissensstand in Pädagogik, Psychologie und Bildungsforschung zu verschlafen. Hierzulande gilt noch immer das Mantra, dass mehr Digitalisierung zu besseren Schulen und zu besserer Bildung führe.



Foto: Mirko Sajkov/pixabay.com

Welchen Einfluss hat dies auf das politische Bewusstsein junger Erwachsener?

Zum einen stehen rückläufige Bildungserfolge natürlich der Herausbildung von Kritikfähigkeit im Wege – eine Kompetenz, die für

„Wer am ‚zwanglosen Zwang zum besseren Argument‘ als Grundlage der Demokratie festhalten will, muss Jugendlichen erst einmal das Argumentieren beibringen.“

eine funktionierende demokratische Öffentlichkeit notwendige Voraussetzung ist. Wer an dem „zwanglosen Zwang zum besseren Argument“ als Grundlage der deliberativen Demokratie, also der auf Argumenten und Austausch fußenden politischen Entschei-



Interview mit Ralf Hanselle
„Die Heimat des Homo digitalis ist die Blase“
 ÖkologiePolitik, 15.05.2024
www.t1p.de/kcqck

dung, festhalten will, der muss den Jugendlichen erst einmal das Argumentieren beibringen. Dafür braucht es Wissen, Empathie und Begegnung – alles Dinge, so belegen es immer mehr Studien, die durch die Digitalkultur nicht nachhaltig gefördert werden.

„Wir erleben einen sich radikal monopolisierenden Informationsmarkt.“

Zum anderen führt die Struktur von Social Media, aber auch die zahlreicher KI-Modelle, nicht notgedrungen zu mehr Bildung. Es gilt weiterhin, dass wir als Gesellschaft dazu neigen, over-informed und under-educated zu sein. Und aktuelle Bildungsstudien geben in dieser Hinsicht nicht gerade Grund zur Entwarnung. Man fragt sich allerdings, wann wir das endlich zur Kenntnis nehmen.

Welchen Einfluss hat die Digitalkultur auf den Journalismus? Und auf die öffentliche Meinungsbildung?

Der Einfluss der Digitalisierung kann in diesem Bereich gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der Kölner Medienwissenschaftler Martin Andree etwa hat bereits vor einigen Jahren darauf hingewiesen, dass die Digitalisierung nicht etwa, wie einst in den 2000er-Jahren marktschreierisch ver-

„Tech- und Medienkonzerne bestimmen darüber, was wir zu wissen und zu denken haben und was wir von der Welt zu sehen bekommen.“

sprochen, zu immer mehr Demokratie und zu einem wachsenden Meinungspluralismus führe. Im Gegenteil: Wir erleben in den zurückliegenden Jahren einen sich radikal monopolisierenden Informationsmarkt. Wenige

große Tech- und Medienkonzerne bestimmen heute bereits darüber, was wir zu wissen und zu denken haben und was wir von der Welt zu sehen bekommen. Das Ausmaß dieser Monopole ist erschreckend. Andree hat nachweisen können, dass die Machtakkumulation im Netz immer mehr zunimmt. Die Top 100 Websites und Apps vereinten 2023 gut 721 % des Traffics im Netz auf sich. Und KI wird hier nur ein weiterer Konzentrationsbeschleuniger sein. Hinzu kommt aber noch etwas

„Während wir immer weniger über die Politik erfahren, generieren die Konzerne im Gegenzug immer mehr Wissen über uns.“

anderes: der Besteckkasten der sogenannten Verhaltensökonomie. Der sorgt zusätzlich dafür, dass unsere Entscheidungen und unsere Urteile über die Welt und die Politik steuerbar, ja manipulierbar werden. Der berühmte Blick hinter den Spiegel wird auf diese Weise verunmöglicht. Und während wir immer weniger über die Politik erfahren, generieren die Konzerne im Gegenzug immer mehr Wissen über uns. Psychopolitik, also die Steuerung des Users und Wählers über seine Emotionen und Bedürfnisse, wird auf diese Weise zur Normalität – auch in der Demokratie.

Was kann getan werden, um bürgerliches, demokratisches und gemeinwohlorientiertes Denken zu stärken?

Wir brauchen eine digitale Alphabetisierung! Wir müssen endlich lernen,



Ralf Hanselle
Homo digitalis
 Obdachlos im Cyberspace zu Klampen, September 2023
 128 Seiten, 18,00 Euro
 978-3-98737-006-9

Jonathan Haidt
Generation Angst
 Wie wir unsere Kinder an die virtuelle Welt verlieren und ihre psychische Gesundheit aufs Spiel setzen
 Rowohlt, Juni 2024
 448 Seiten, 26,00 Euro
 978-3-498-02836-7

Martin Andree
Big Tech muss weg!
 Die Digitalkonzerne zerstören Demokratie und Wirtschaft
 Campus, August 2023
 288 Seiten, 25,00 Euro
 978-3-593-51754-4

Joachim Bauer
Realitätsverlust
 Wie KI und virtuelle Welten von uns Besitz ergreifen – und die Menschlichkeit bedrohen
 Heyne, Mai 2023
 240 Seiten, 22,00 Euro
 978-3-453-21853-6



hinter die Oberflächen und hinter die ausgeklügelten Nudging-Strategien der digitalen Programme zu schauen. Nur so wird möglich, was der Philosoph Vilém Flusser bereits in den 1980er-Jahren erkannt hat: Die letzte Freiheit, die einem im technischen Zeitalter bleibt, ist die Freiheit, gegen das Programm zu spielen. Dafür aber muss man das Programm verstehen lernen. Andernfalls spielt das Programm mit uns.

Herr Hanselle, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

BUNDESVORSTAND

Macht das noch Sinn, was wir hier veranstalten?

Liebe Freundinnen und Freunde der ÖDP,

die ersten hundert Tage sind rum – unwiderlich! Die Schonzeit für den neuen Bundesvorstand und die Vorsitzenden ist vorbei! Wobei wahrscheinlich die Mehrzahl meiner Bundesvorstandskollegen und -kolleginnen, mich eingeschlossen, sich verwundert die Augen reiben und fragen wird: „Welche Schonzeit?“ Wir sind ja bereits mit Tag 1 unserer Amtszeit in ein fulminantes Rennen zur vorgezogenen Bundestagswahl quasi hineingeworfen worden. Das Gute daran: Bereits am ersten Tag war gefühlt die gesamte deutsche Presse bei der ÖDP vor der Haustüre gestanden und hat Interviews und Berichte über die Schwierigkeiten der kleinen Parteien, diesen stark verkürzten Wahlkampf überhaupt bestehen zu können, angefragt. Damit waren wir in den Medien vertreten wie sonst kaum einmal in unserer Geschichte. Und die Nachfrage, und damit unsere Medienpräsenz, hat auch während der gesamten Wahlkampfzeit mehr oder minder angehalten, was gut war für unsere Bekanntheit. Leider hatten wir aber auch tatsächlich keine Zeit, uns für den Wahlkampf ordentlich zu sortieren, sondern mussten regelrecht drauflosarbeiten. Da ist dann erwartungsgemäß auch nicht immer alles glattgelaufen. Trotzdem haben wir – und da meine ich nun die gesamte Partei von der Basis an – einen respektablen Antritt geschafft; viele haben sich enorm ins Zeug gelegt und mit Unterschriftensammlungen für die Zulassung zur Wahl gekämpft, teilweise buchstäblich bis zum letzten Moment und mit nahezu dramatischen Szenen. Dass es

dann z. B. in NRW auf den letzten Metern gerade nicht mehr geklappt hat, ist tragisch zu nennen. Trotzdem und auch gerade deshalb möchte ich Ihnen und Euch, die Ihr so hart an einem erfolgreichen Wahlantritt gearbeitet und gegen die ganzen bürokratischen Hürden gekämpft habt, einen ganz großen Dank für all Euren Einsatz aussprechen!

Trotzdem haben wir – und da meine ich nun die gesamte Partei von der Basis an – einen respektablen Antritt geschafft.

Ein weiterer schwerer Stein, der uns in den Weg gelegt wurde, war die Negativentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu unserer Klage gegen die zu hohen Hürden bei den Unterstützungsunterschriftensammlungen. Dass wir dann ein derartiges Ergebnis von 0,1 % eingefahren haben, war auch angesichts der Tatsache, dass wir lediglich in drei Bundesländern antreten durften, nahezu erwartbar. Ein Wunder ist leider nicht eingetreten, sondern eher der bundesdeutsche „Normalfall“ einer „Schicksalswahl“ – der dritten in Folge, die zur Polarisierung nach rechts und zu den großen Parteien geführt hat und die kleinen Parteien, uns eingeschlossen, auf der Strecke hat verhungern lassen.

Natürlich stellt sich nach einer solchen Wahl auch wieder die Frage, ob das, was wir hier als ÖDP veranstalten, überhaupt noch Sinn macht. Dazu will ich drei Antworten geben:



Günther Brendle-Behnisch (links) beim Dreh eines Wahlkampf-Videos

Wir sollten nicht davon ablassen, unsere Sicht der Dinge in die politische Waagschale zu werfen, und die Hoffnung nicht aufgeben, dass wir doch gehört werden. Tatsächlich hört, beobachtet und registriert man schon heute, was wir sagen – auch in anderen, größeren Parteien. Selbst wenn wir nicht im Bundestag oder in den Landesparlamenten sitzen, entfalten wir doch eine Wirkung. Bei Gesprächen mit Vertretern unterschiedlichster Organisationen habe ich immer Re-

1. Unter den gegebenen Voraussetzungen durften wir nicht ernsthaft erwarten, dass wir als Triumphator in den Bundestag einziehen würden. Wir hatten deshalb auch bereits zu Beginn unserer Amts- und damit auch Wahlkampfzeit die Parole ausgegeben, dass wir uns nach besten Kräften um die Zulassung zur Wahl bemühen, um in möglichst vielen Bundesländern den Antritt zu schaffen; dann aber, dass jeder Kreis-, Bezirks- und Landesverband das mit denjenigen Mitteln schaffen soll, die er für vertretbar hält. Um die Entscheidung zu erleichtern, haben wir mit dem Angebot kostenloser Plakate unterstützt. Und wir haben auch klar kommuniziert, dass wir diesen Bundestagswahlkampf dazu nutzen sollten, bekannter zu werden, unsere Position für zukünftige Wahlkämpfe zu stärken und Mitglieder zu werben.

2. Solange wir überzeugt davon sind, dass wir, die Ökologisch-Demokratische Partei, wirklich das beste Programm haben – und ich bin nach wie vor felsenfest davon überzeugt –, haben wir eine moralische Verpflichtung, dieses Programm mit all unseren Forderungen und Maßnahmen immer wieder anzubieten.

spekt und Aufmerksamkeit entgegengebracht bekommen – auch von Vertretern anderer Parteien, die oft überrascht sind über unser differenziertes Programm und unsere Positionen. Und wir sind nicht allein: Viele Natur- und Klimaschutzorganisationen kämpfen für die gleichen Ziele. Eines unserer strategischen Vorhaben ist die Kooperation mit ihnen; wir sind gerade dabei, mit ihnen Kontakte zu knüpfen bzw. ihn wieder aufleben zu lassen und eine bessere Zusammenarbeit mit ihnen anzustreben. Und dann unser wichtigster Aktivposten: unsere Europaabgeordnete Manuela Ripa, die in ihrer Arbeit immer wieder oft überraschende Erfolge einfahren kann. Nein, wir sind nicht erfolg- oder einflusslos! Und unsere über 500 kommunalen Mandate, die durch ihr entschiedenes persönliches Engagement – und natürlich auch unser überzeugendes Programm – weitaus größere Parteien in ihrer Arbeit oftmals alt aussehen lassen. Nein, wir dürfen nicht aufgeben, sondern wir müssen weitermachen! Und deswegen:

3. Wir haben – bereits mit dieser Bundestagswahl – begonnen, strategisch an unseren Wahlantritten bis 2029 zu arbeiten, damit wir

zur dann stattfindenden nächsten Europawahl und Bundestagswahl anders aufgestellt sind, als das heute der Fall ist. Der erste große Aufschlag war und ist unsere Social-Media-

Wir sind also dran und für mich sind das drei starke Argumente, nach vorne zu blicken, unsere Kräfte zu bündeln und uns mit neuen Mitgliedern zu verstärken. Dafür wollen wir, z. B. mit Schulungen, auch innerparteilich attraktiver werden. Eine wichtige Rolle im Bereich der politischen Bildung spielt dabei unsere neu gegründete Stiftung. Von deren Arbeit sollen aber nicht nur unsere Mitglieder profitieren, sondern auch – und das gehört zwingend zum Zweck dieser Stiftung – die breite Öffentlichkeit; denn der Stiftungszweck ist die politische Willensbildung und Aufklärung. Wir sind also dabei, uns nach innen und nach außen deutlich breiter aufzustellen.

Ein weiteres Format, das sich bereits im Wahlkampf bewährt hat und nun als monatliche Online-Veranstaltung an den Start gehen soll: politische Impulse zu aktuellen Anlässen bzw. Themen mit eigenen Experten, aber auch mit ausgewiesenen Fachleuten von außen, und anschließende Diskussionsrunden. Unser erster Aufschlag fand am 23.04.2025 statt zum Thema „Modern Monetary Theory und



Foto: Screenshot Instagram, ÖDP

Instagram-Beitrag vom 23.02.2025, dem Tag der Bundestagswahl, zu der Frage, warum die ÖDP in einigen Bundesländern nicht gewählt werden konnte.

Arbeit mit unserer neuen Social-Media-Referentin Rita Hinterleitner, mit deren Hilfe wir nun bereits eine völlig andere Präsenz in den unterschiedlichen Kanälen haben als bisher. Unsere Teams „Wahlen“ und „PR“ werden auch in der wahlkampflosen Zeit weiter tagen und an unserer Gesamtstrategie und deren Umsetzung arbeiten. Auch in der Öffentlichkeits- und Pressearbeit sind wir wieder anders aufgestellt: Mit Gerd Pfitzenmaier haben wir einen sehr erfahrenen und aktiven Pressesprecher. Gemeinsam arbeiten wir daran, unsere Präsenz in den Medien deutlich zu verbessern und mit aktuellen Äußerungen in der Öffentlichkeit sichtbar zu sein. Mit einem weiteren Team „Strategie“ nehmen wir die Gesamtpartei in den Blick, um sie fit für die Zukunft zu machen.

Wir sollten nicht davon ablassen, unsere Sicht der Dinge in die politische Waagschale zu werfen.

die aktuellen finanzpolitischen Entscheidungen der alten und neuen Bundesregierung“ mit dem Vorstandsvorsitzenden i. R. der Sparda-Bank München, Günter Grzega, und weiteren Experten aus unseren Reihen.

Es tut sich was in der ÖDP – und das ist lediglich ein Ausschnitt aus unseren Vorhaben. Man darf gespannt sein, was noch alles kommt. Es lohnt sich und wir halten Sie/Euch auf dem Laufenden.

Ihr/Euer Bundesvorsitzender
Günther Brendle-Behnisch

BUNDESVERBAND

Erfolgreiche Pressearbeit: Wegkommen vom Nachplappern

Im „Leitfaden ÖDP-Parteiarbeit“ ist hervorragend beschrieben, warum Pressearbeit für uns als politische Partei wichtig ist und wie wir sie gemeinsam nutzbringend für die ÖDP gestalten können. Dort stehen die Regeln. Dort finden Mitglieder nützliche Hinweise und sinnvolle Tipps. Wer sich daran orientiert, wird für sein jeweiliges Umfeld Lösungen finden, um gute Texte zu schreiben, Kontakte zu Redaktionen aufzubauen und sie zu pflegen. Das ist die Basis jeder guten Öffentlichkeitsarbeit.

Als unser Parteivorsitzender mich fragte, ob ich nicht meine Erfahrung als Journalist künftig als Pressesprecher in die Parteiarbeit einbringen will, habe ich zugesagt. Seit März arbeite ich nun – neben meinem Job als Verbändekoordinator – auch als Sprachrohr für die ÖDP.

Gut vorbereitet für die Aufgabe

Helfen wird mir dabei sicher meine nunmehr jahrzehntelange Erfahrung als Medienmensch. Schon als Schüler hatte ich für Lokalblätter geschrieben. 1980 volontierte ich nach meinem Studium bei einer Lokalzeitung, arbeitete in Stuttgart als Redakteur, ging Mitte der 1980er-Jahre nach Frankfurt, um in der Gründungscrew von „CHANCEN“

eine neue Ökozeitschrift mit zu entwickeln. Das Experiment funktionierte drei Jahre. Dann verlor der Verleger das Interesse an seiner Idee und der Redaktion, die ihm wohl zu mutig wurde. Er machte die Zeitschrift dicht – und ich nutzte dieses Ende für einen Neustart in München. Dort wurde ich Redakteur bei „natur“. Mitte der 1990er-Jahre der nächste Glücksfall: Ich konnte den Titel kaufen und im eigenen Verlag als Chefredakteur und Verleger weiterführen, später die Zeitschrift „Das Tier“ integrieren sowie „natur“ mit „Kosmos“ fusionieren und damit unter das Dach der „FAZ“ schlüpfen – bis die Zeitung Anfang der Nullerjahre in die Medienkrise taumelte. Ich verkaufte meine Anteile am Verlag, arbeitete seither als „freier“ Autor, schreibe Bücher und baute globalmagazin.com als tagesaktuelles Newsportal mit Nachrichten zum Thema Nachhaltigkeit auf. Das Fundament ist damit gelegt. Jetzt wird es darauf ankommen, die Pressearbeit der ÖDP mit – den richtigen – Inhalten zu füllen. Ich bin mir sicher, dass wir das schaffen. Es geht jedoch nur, wenn wir alle zusammenarbeiten.



Gerd Pfitzenmaier

Sind Ihre Daten noch aktuell? Erreichen wir Sie?

Bitte teilen Sie uns Änderungen und Neuerungen mit:

ÖDP Bundesverband
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: 09 31 40 48 60
E-Mail: info@oedp.de

Nur so kommen wir in die Medien

Wir müssen wegkommen vom Nachplappern. Wir müssen echte News präsentieren. Nur damit werden wir als kleinere Partei ernst genommen und schaffen es, mit unseren Pressemitteilungen in den Redaktionsstuben gehört zu werden. Themen als Neuheiten ver-

kaufen zu wollen, worüber unsere politische Konkurrenz bereits berichtet hat, hilft wenig. Solche News sind eher kontraproduktiv. Es ist also nicht wichtig, dass wir täglich „Neues“ erzählen. Was wir brauchen, sind exklusive Themen und klare Positionen, die uns als ÖDP herausheben aus der Masse der Mitbewerber am Medienmarkt und die uns als besser als die Konkurrenz auszeichnen. Damit – um nicht zu sagen: „nur“ damit – kommen wir in die Medien. Und wie immer gilt auch für die gute Öffentlichkeitsarbeit: Qualität ist besser als Quantität!

Hinzu kommt: Vom Rennen, immer der Erste sein zu wollen, sollten wir uns verabschieden. Wir sind als Partei mit unseren begrenzten Ressourcen in diesem Wettlauf hoffnungslos unterlegen.

Eure Ideen als ÖDP-Mitglieder sind gefragt

Deshalb freue ich mich auf (regen) Austausch mit allen Parteikolleginnen und -kollegen. Ich habe in meinen langen Redaktionsjahren

gelernt, dass vor jedem Schreiben (neben intensiver Recherche) vor allem das Zuhören wichtig ist. Inzwischen habe ich sogar die wissenschaftliche Begründung, dass meine These stimmt, im Buch „Zuhören“ des Tübinger Medienwissenschaftlers Bernhard Pörksen gelesen. Er beschreibt Zuhören als „gelebte Demokratie im Kleinen“.

Deshalb: Wendet Euch mit Ideen gerne an mich – zusammen finden wir dann heraus, wie daraus eine gute Pressemeldung wird oder was Ihr sonst daraus Nützliches für die ÖDP machen könnt. Denn Themen für die Pressearbeit der Partei gibt es genug: in der Tagespolitik, wenn die neuen Regierenden ihren Kurs abstecken; in der Welt, wo Antidemokraten wieder hemmungslos Oberwasser verspüren und Kriegsrhetorik wieder salonfähig wird. Bei solchen Anlässen müssen wir mit unseren einzigartigen ÖDP-Positionen Flagge zeigen! Als Pressesprecher will ich das unterstützen.

Gerd Pfitzenmaier

Verstärkung für Social Media

Seit Dezember 2024 bereichert Rita Hinterleitner unser Team und verantwortet mit einer Kombination aus Fachwissen und Leidenschaft unsere Social-Media-Kanäle. Als Kommunikationsprofi mit weit über zehn Jahren Erfahrung und einem Abschluss in Angewandter Nachhaltigkeit vereint sie strategische Kommunikation mit einer fundierten wissenschaftlichen Perspektive.

Sie stellt sich entschieden gegen den Wachstumsimperativ, es sei denn, es geht um die Maximierung der Reichweite auf Social Media. Bei der ÖDP schätzt sie das unerschütterliche Wertefundament und die thematische Programmbreite, die eine tiefgreifende ökologisch-soziale Transformation ermöglichen.

In ihrer Freizeit engagiert sie sich intensiv für Ernährungssouveränität und baut mit einem Netzwerk eine Schule auf, die Wissen zu ökologisch-sozialer Agrikultur und Permakultur vermittelt.

Den Begriff „Agrikultur“ bevorzugt sie gegenüber „Landwirtschaft“, da sie sich für eine Kultur des respektvollen, symbiotischen Dialogs mit den natürlichen Kreisläufen und damit für eine nachhaltige Beziehung zur Natur einsetzt.



Foto: Rita Hinterleitner

EUROPAPARLAMENT

Aktiv für mehr Tierwohl, gesunde Lebensmittel und nachhaltiges Wirtschaften – jetzt auch als „Ökologia“

Ein Jahr bin ich nun Europaabgeordnete der Ökologisch-Demokratischen Partei in dieser Legislaturperiode. Das erste Jahr war ereignis- und auch arbeitsreich. In welchen Ausschüssen und Arbeitsgruppen ich vertreten bin und was meine politischen Schwerpunkte für die aktuelle Wahlperiode sind, habe ich bereits in der letzten Ausgabe der ÖP erläutert. Ebenso hatte ich damals mein Team vorgestellt. Deshalb möchte ich nun auf einige Themen aus den vergangenen Monaten eingehen.

Bericht über Hunde und Katzen

Die EU-Kommission in Brüssel hat endlich einen Gesetzesvorschlag für das Wohlergehen von Hunden und Katzen vorgelegt. Zum ersten Mal überhaupt wird es europaweite Schutzstandards für Katzen und Hunde geben, die in Europa gehalten und verkauft werden. Als Berichterstatterin des Umweltausschusses im Europaparlament arbeite ich an dem Gesetz mit und setze mich für Verschärfungen im Sinne des Tierwohls ein. Künftig sollen die Behörden zum Beispiel mehr Möglichkeiten haben, gegen illegale internationale Geschäftemacherei vorzugehen. Um solche skrupellosen Praktiken erschweren und ahnden zu können, ist unter anderem eine Chip- und Registrierungspflicht geplant. Damit sie umfassend greift, setze ich mich dafür ein, dass sie für alle Hunde und Katzen gilt. Auch fordere ich, dass das Internet-Geschäft besser überwacht wird. Da mittlerweile 60 % aller Tierkäufe online stattfinden, ist dies besonders wichtig.

Was mir persönlich auch noch sehr am Herzen liegt: die wichtige Arbeit von Tierhei-



Foto: Constantin Schütz

Die ÖDP Weilheim-Schongau zu Besuch bei Manuela Ripa im Europaparlament

men und Tierschutzvereinen zu unterstützen. Je mehr Fortschritte wir beim Chippen und Registrieren erzielen, umso stärker werden auch Tierheime und Kommunen entlastet. Darüber hinaus schlage ich vor, dass Tierheime und Tierschutzvereine mehr finanzielle Unterstützung für die Kastration und Sterilisation streunender Tiere bekommen.

Außerdem fordere ich noch, dass künftig in Zoohandlungen keine Katzen und Hunde mehr verkauft werden dürfen. Schließlich möchte ich mit anderen Kolleginnen und Kollegen durchsetzen, dass alle Züchter künftig registriert werden und ehrgeizige Schutzstandards befolgen müssen.

Die EU-Kommission wollte kleine Züchter ausklammern. Ich bin optimistisch, dass wir hier ein strengeres Gesetz bekommen. Nicht zuletzt setze ich mich dafür ein, dass Qualitätszucht bald nicht mehr möglich sein wird – und dass dieses Gesetz den Weg dafür ebnet, mehr Tierschutz in Europa zu erreichen!

Ernährung als Prävention – Zeit zu handeln!

Im Februar habe ich gemeinsam mit Abgeordneten von drei verschiedenen Fraktionen sowie einer europäischen Tierschutzorganisation (Eurogroup for Animals) und der Europäischen Dachorganisation für Verbraucherschutz (BEUC) die Veranstaltung „Ernährung als Prävention: Wie eine gesündere Ernährung Herz-Kreislauf-Erkrankungen, antimikrobielle Resistenzen, Diabetes und Krebs verhindern kann“ organisiert. Das Interesse an der Veranstaltung war enorm, was die Dringlichkeit des Themas „gesunde Ernährung“ veranschaulicht. Denn ungesunde Ernährung trägt massiv zur Krankheitslast in der EU bei, und das hat dramatische Folgen für die öffentliche Gesundheit. Außerdem verursacht sie hohe Kosten für unser Gesundheitssystem. Als Politikerin und Mutter setze ich mich für gesunde Lebensmittel auch in Schulen, Kantinen und Kindergärten ein. Wir brauchen außerdem klare politische Maßnahmen, um gesunde Lebensmittel für alle bezahlbar zu machen.

Europäische Schulen

Anfang des Jahres streikten Teile des Lehrpersonals in den Europäischen Schulen, um auf Missstände aufmerksam zu machen. Da ich im Europaparlament ständige Schattenberichterstatterin für die Europäischen Schulen und überdies im Kulturausschuss des Parlaments für die Europäischen Hochschulallianzen zuständig bin, habe ich meine Solidarität mit den Lehrkräften zum Ausdruck gebracht. Insbesondere bei den Themen Unterrichtsqualität sowie pädagogische Fürsorge gibt es gravierende Mängel. Dabei sollen Europäische Schulen eigentlich Leuchtturmprojekte sein! In einer Sitzung des Kulturausschusses (CULT) habe ich an die für Bildung zuständige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Roxana Mînzatu, appelliert, ihren

Einfluss für eine Verbesserung der Situation geltend zu machen, und ihr angeboten, hier mit uns als Europäischem Parlament zusammenzuarbeiten.

Besucherguppen und Überreichung der Ökologia

Es war eine besondere Ehre für mich, dass mir am 10. März der Titel der „Ökologia“ verliehen wurde. Seit dem Jahr 2001 wird von der „Stiftung für Ökologie und Demokratie e. V.“ jedes Jahr eine Person mit ökologischer Kompetenz und Ausstrahlung zu dieser Funktion berufen. Wie der Stiftungsgründer und stellvertretende Vorsitzende der Stiftung, Hans-Joachim Ritter, bei der Feierstunde im Europäischen Parlament erläuterte, besteht die Aufgabe der Ökologia darin, auf sympathische Art für die Ökologie zu werben. Als neue Ökologia werde ich mich mit ganzer Energie dieser Verpflichtung annehmen!

Da ich regelmäßig Veranstaltungen organisiere, an denen man oft auch online teilnehmen kann, lade ich Euch ein, Euch auf meiner Webseite über aktuelle Events zu informieren. Dort gibt es auch Informationen zu einer wachstumskritischen Veranstaltung, die ich am 25. März zusammen mit Kollegen aus dem Europäischen Parlament organisiert habe. Unter dem Titel: „Charting the Path to Sustainable Economic Development“ widmeten sich drei Paneldiskussionen dem Wirtschaften innerhalb planetarer Grenzen. Hauptredner war Tim Jackson von der Universität Surrey, der über nachhaltigen Wohlstand innerhalb der planetaren Grenzen und über die Rolle des European Green Deal bei der Einführung neuer wirtschaftlicher Paradigmen sprach. Die Veranstaltung kann unter folgendem Kurzlink auf YouTube angesehen werden: www.t1p.de/v3p59

Ebenso habe ich fraktionsübergreifend gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen die Foto-Ausstellung „Massentierhaltung:



Foto: Hildegard Katharina Ritter

Bei der Amtsübergabe in Straßburg (von links): Stefanie Seiler, Oberbürgermeisterin von Speyer und „Ökologia 2024“, der stv. Vorsitzende der Stiftung für Ökologie und Demokratie e. V., Hans-Joachim Ritter, sowie die ÖDP-Europaabgeordnete Manuela Ripa als „Ökologia 2025“

die versteckten Kosten aufdecken“ organisiert, die vom European Institute for Animal Law and Policy und dem European Environmental Bureau vom 24. bis 27. März im Europäischen Parlament veranstaltet wurde. Denn hinter den Kulissen der Lebensmittelproduktion verbirgt sich eine harte Realität: Tiere in extremer Enge, Umweltzerstörung und negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. Mit eindrucksvollen Bildern preisgekrönter Fotojournalisten, die die Wahrheit ans Licht bringen, und mit Einblicken von Jo-Anne McArthur war diese Ausstellung ein kraftvoller Aufruf.

Am 4. März sind wir im Rahmen einer Veranstaltung im Parlament der Frage nachge-

Webseite: www.manuela-ripa.eu

Facebook: <https://www.facebook.com/ripamanuela/>

Instagram: <https://www.instagram.com/manuela.ripa/>

X: <https://x.com/RipaManuela>

Bluesky: <https://bsky.app/profile/manuelaripa.bsky.social>

YouTube: https://www.youtube.com/@ManuelaRipa_MdEP

gangen, wie eine nachhaltige Landwirtschaft möglich ist. Dabei zeigte sich einmal mehr: Eine Landwirtschaft ohne synthetische Pestizide ist nicht nur notwendig, sondern auch machbar – gemeinsam mit unseren Bäuerinnen und Bauern. Dafür braucht es eine korrekte Umsetzung der bestehenden Richtlinie zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden (SUD) und den politischen Willen für eine nachhaltige Landwirtschaft!

Seit Beginn des Jahres konnten wir auch schon einige Besuchergruppen begrüßen, so-

Eine Landwirtschaft ohne synthetische Pestizide ist nicht nur notwendig, sondern auch machbar – gemeinsam mit unseren Bäuerinnen und Bauern.

wohl in Brüssel als auch in Straßburg. Es ist mir immer eine besondere Freude, wenn ich im Europaparlament Besuch von ÖDP-Gruppen bekomme. So war es zum Beispiel am 17. März die ÖDP Weilheim-Schongau mit ihrem zweiten Vorsitzenden Markus Kunzendorf, die uns in Brüssel einen Besuch abstattete.

Am 24. März war der ÖDP-Kreisverband Starnberg in Brüssel. Mein Dank geht an den stellvertretenden Kreisvorsitzenden Martin Ballmann für die Organisation.

Ich möchte Euch zum Schluss noch herzlich einladen, Euch über meine Webseite sowie meine sozialen Kanäle zu informieren, wo Ihr meine aktuellen Themen und Redebeiträge findet ebenso wie meine Kontaktdaten. Dort findet Ihr auch Veranstaltungshinweise.

Ich freue mich über Rückmeldungen aus der Partei und bin immer offen für Fragen und Anregungen.

In diesem Sinne grüßt Euch herzlich
Eure Manuela Ripa

JÖ – JUNG. ÖKOLOGISCH

Gründung der JÖ Süd: ein wegweisender Schritt



Politik am Küchentisch: Selbstinszenierung bei Habeck und Voigt, Realität bei der JÖ. Zwischen Weißbierschaum und Soja-Hack wurde am Abend des 22. März 2025 in einer Regensburger Privatwohnung der Gedanke eines neuen Großverbandes der JÖ – jung. ökologisch zur Wirklichkeit. Robert Fischer (ÖDP-Kreisvorsitzender Regensburg-Stadt) leitete die Versammlung und zählte die Stimmzettel aus.

Für die JÖ in Bayern und Baden-Württemberg ist nun ein vierköpfiger Vorstand zuständig: Gewählt wurden als Vorsitzender Markus Mauermann (München-Stadt), als stellvertretende Vorsitzende Andrea Gilg (Regensburg-Stadt) sowie als Beisitzer Lukas Czarny (Böblingen) und Kilian Marcon (Landshut).

In einem kurzen Grußwort gratulierte Robert Fischer dem neu gewählten Vorstand und bezeichnete die Gründung der JÖ Süd als wegweisenden Schritt für die Zukunft der ÖDP-Jugendorganisation.



Von links: Kilian Marcon, Markus Mauermann, Robert Fischer und Andrea Gilg

Aktiv werden!

Ihr wohnt in Bayern oder Baden-Württemberg und wollt Euch aktiv bei der neu gegründeten JÖ Süd einbringen? Dann schreibt eine E-Mail an markus.mauermann@oedp.de!

Auch in den anderen Teilen Deutschlands sollen zukünftig neue Untergliederungen entstehen. Damit wird die JÖ wahrscheinlich zum ersten Mal in ihrer Geschichte das gesamte Bundesgebiet mit aktiven Untergliederungen abdecken. So wollen wir mehr Präsenzveranstaltungen organisieren und in ganz Deutschland junge Menschen für die ÖDP begeistern.

Wenn Ihr Euch für eine wirklich nachhaltige Politik einsetzen und Euch bei der Gründung neuer JÖ-Untergliederungen im Norden, Westen oder Osten Deutschlands beteiligen wollt, schreibt eine E-Mail an: bundesvorstand@j-oe.de!

Und wenn Ihr überzeugt seid, dann zögert nicht lange, sondern gestaltet mit uns die Politik von morgen! Hier geht's zu unserem Mitgliedsantrag: www.t1p.de/ae324

JÖ – jung. ökologisch (Bundesverband)

www.j-oe.de

www.instagram.com/jung.oekologisch/

LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg

Teilnahme an der Bundestagswahl trotz schwieriger Umstände gelungen

Dem Landesverband Baden-Württemberg ist es trotz schwieriger Umstände zeitlicher und personeller Art gelungen, die erforderlichen Unterstützungsunterschriften zu sammeln und somit als einer von drei ÖDP-Landesverbänden zur Bundestagswahl zugelassen zu werden. Bei dieser gab es allerdings für keine einzige kleine Partei, auch nicht für die ÖDP, etwas zu holen: 0,2 % (12.258 Stimmen) im Land Baden-Württemberg können nicht befriedigen. Zu den erschwerten Teilnahmebedingungen kam hinzu, dass in der Bevölkerung die Grundstimmung sehr negativ war und die Stimme vielfach nicht für etwas abgegeben wurde, sondern gegen etwas: Die einen wollten die verhasste Ampelkoalition abstrafen, die anderen die AfD verhindern. Dazu sollte die Stimme „nicht verloren“ sein, sondern direkt bei der Zusammensetzung des Parlaments etwas bewirken.

Diese negative Grundhaltung bewirkt aber letztendlich nur Negatives: Die Ränder des Parteienspektrums (insbesondere rechts) sind gestärkt und stehen sich unversöhnlich gegenüber, die politischen Debatten sind vergiftet und populistische Schaumschlägerei hat Hochkonjunktur. Politik und Bevölkerung befinden sich in einem dauerhaften Krisenmodus und es wird eine Politik gestützt, die die Krisen verursacht.

Die Einzigartigkeit und Notwendigkeit der ÖDP selbstbewusster publik machen

In dieser Ausgangslage müssen wir uns angesichts der Landtagswahl im März 2026 bewusst machen, dass die ÖDP mit ihrer umfassend lebensfreundlichen Politik im

Parteienspektrum einzigartig ist und eine dringend benötigte sachliche, konstruktive und zukunftsorientierte Alternative darstellt.

Dies gilt es selbstbewusst nach außen zu tragen. Da sind wir alle gefragt. Und der baden-württembergische Landesvorstand tut sein Bestes, damit die ÖDP wahrnehmbarer wird: Schärfung des Profils, Umfrage- und Kartenaktion „Leben mit Zukunft“ und weitere Aktionen. So ist geplant, wieder mit mehreren Teilnehmern und Teilnehmerinnen am „Run for Europe“ und dem anschließenden Europafest in Breisach teilzunehmen. Außerdem planen wir die Einführung eines niedrigschwelligen Newsletters zur Gewinnung von Interessentinnen und Interessenten und eine professionellere Nutzung der sozialen Medien. Wir haben viel Gutes zu bieten, müssen aber unsere Aktivitäten besser vermarkten.

Zwei Landesparteitage auf dem Weg zur Landtagswahl 2026

In diesem Jahr finden zwei Landesparteitage statt: der erste am 10. Mai in Gerlingen, mit der Versammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl (Bericht in der nächsten ÖkologiePolitik), der zweite am 8. November im Großraum Stuttgart zur Verabschiedung des überarbeiteten Landespolitischen Programms. Die Landesprogrammkommission arbeitet unter Mitwirkung von sachkundigen Mitgliedern an einem aktuellen Programm, das möglichst gut gegliedert, leicht verständlich und nah an der Lebenswirklichkeit der Menschen ist.

Kontakt: ÖDP Baden-Württemberg

Uli Stein, Landesgeschäftsführer

Tel.: 0711 6364644

info@oedp-bw.de

Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter

Tel.: 07121 880104

matthias.dietrich@oedp-bw.de

Sachsen

Landesparteitag in Dresden bestätigt den Landesvorstand

Beim Landesparteitag der ÖDP Sachsen am 25.01.2025 in Dresden wurden der Landesvorsitzende Jens Gagelmann und sein Stellvertreter Ronald Krug sowie die Beisitzer



Landesparteitag der ÖDP Sachsen in Dresden (v. l.): Rahel Wehemeyer-Blum, Steffen Förster, Ronald Krug, Dirk Zimmermann, Steffen Pausder, Harald Vauk, Jens Gagelmann, Markus Taubert und Marcus Lieder

Dirk Zimmermann und Dietmar Eichhorn in ihren Ämtern bestätigt. Jonas Bialon tritt die Nachfolge von unserem Schatzmeister Markus Taubert an. Das Gründungsmitglied der sächsischen ÖDP, Rahel Wehemeyer-Blum, und Annarosina Wjesela baten um eine Pause und zogen sich aus dem Vorstand zurück. Mit Marcus Lieder und Dominic Görke konnten zwei aktive Mitglieder die entstandene Lücke füllen.

Jugend & Alter gemeinsam für den ländlichen Raum

Die ÖDP Sachsen prüft eine Kampagne zur Stärkung des Zusammenhalts in ländlichen Regionen. Ziel ist es, junge und ältere Menschen für das Handwerk, den Erhalt des Lebensraums und Bürgerbeteiligung in der Kommune zu sensibilisieren. „Wir müssen kreativ Altes mit Neuem verbinden und für

die Jugend attraktiv machen“, betont Sachsens Landesvorsitzender Jens Gagelmann und ergänzt: „Wenn wir uns Gedanken machen, wie sich Bürger in ihren Kommunen für den Erhalt und die Verschönerung ihres Dorfes einbringen können, finden wir vielleicht einen Weg, um die Werte der ÖDP auch in Sachsen bekannter zu machen.“

Eine Arbeitsgruppe um den neu gewählten Landesvorstand macht sich nun Gedanken, wie die ÖDP bei den Bürgern sichtbarer in Erscheinung treten kann. Erste Ideen werden bereits umgesetzt. Mit der „Werkstatt der Mutigen“ am 8. März in Grimma (siehe nächste Seite), dem Baumpflanztag mit Steffen Förster am 19. April in der Nähe des Bahnhofs Ziegenhain und dem Bau von Vogelkästen mit Sebastian Gerhard am 25. April in Adorf/Erzgebirge wurden die ersten Schritte in eine aktivere Zukunft besritten.

Landesgeschäftsführer Harald Vauk hat in Berlin auf dem Transform-Summit 2025 der deutschen Stiftung für Ehrenamt und Engagement nach geeigneten Partnern Ausschau gehalten. Geplant sind „Alltagsabenteuer nach Pfadfinderart“ am Steinbruch in Nebelschütz, einem kleinen Dorf in der Lausitz. Damit das Projekt nicht am Geld scheitert, wird Harald Vauk in Westdeutschland mit dem neu gegründeten ÖDP-nahen, jedoch nicht gemeinnützigen Verein „Gemeinsinn & Partizipation“ um finanzielle Unterstützung werben. Spenden nimmt die ÖDP Sachsen gerne über die Bank für Sozialwirtschaft, IBAN: DE30 3702 0500 0009 8152 16 dankend entgegen.

Kontakt: ÖDP Sachsen
 Jens Gagelmann, Landesvorsitzender
 Tel.: 037608 28801
info@oedp-sachsen.de

OSTDEUTSCHE LANDESVERBÄNDE

Frühjahrstreffen bei Grimma

Nennen Sie drei Dinge, die Sie an einem sonnigen Märzwochenende am liebsten machen würden! In den Garten? Familienausflug? Parteiarbeit? Sehr gut! Genau diese Dinge konnten die einladenden ostdeutschen Landesverbände zusammenbringen. Das familiäre Umfeld bildeten 15 Menschen, darunter die 1. stellvertretende Bundesvorsitzende Kirsten Elisabeth Jäkel, die der Einladung der Vorstände gefolgt waren. Der Ort: ein Pfadfinderheim in Höfgen bei Grimma, südöstlich von Leipzig, idyllisch an der Mulde gelegen, eingebettet in einen Streuobstgarten. Garten: passt. Familie: passt auch. Fehlt noch die Parteiarbeit. Für Freitagabend stand eine Online-Schulung der als sehr kompetent erlebten ÖDP-Mitarbeiterin Rita Hinterleitner auf dem Programm. Sie vertiefte unsere Kenntnisse zur Verwendung

von sozialen Medien, hier speziell zur Videoeinbindung auf Instagram. Das sächsische Mitglied Sebastian Gerhardt gewährte am Samstagvormittag Einblicke in seine Berufspraxis der Flüchtlingssozialarbeit. Die Veranstaltung „Werkstatt der Mutigen“ in Grimma, die nachmittags besucht wurde, wird in einem eigenen Artikel ausführlicher dargestellt.

Am Sonntagvormittag gab es vom ÖDP-Mitglied Frieder Monzer einen Vortrag über die kulturelle und politische Lage in der Republik Moldau (Republica Moldova) sowie in Transnistrien. Der aktuelle Statusbericht zur ÖDP-nahen Maria Opitz-Döllinger Stiftung rundete das vielfältige Programm ab. Erwähnt sei noch, dass auf unseren Treffen die Verpflegung nahezu ausschließlich aus verpackungsarmen, ökologischen und möglichst regionalen Lebensmitteln besteht. ■



Foto: Marcus Lieder

Werkstatt der Mutigen

Grimma, 8. März 2025 – Am internationalen Frauentag wurde im Rathausaal der Stadt Grimma ein starkes Zeichen für demokratische Teilhabe und nachhaltige Energieplanung im ländlichen Raum gesetzt. Die „Werkstatt der Mutigen“ brachte Bürgerinnen und Bürger mit Entscheidungsträgern aus Kommune, Kreis und Land zusammen, um in einen konstruktiven Austausch zu treten.

Unter dem Titel „Bürgerbeteiligung zur kommunalen Energieplanung und nachhaltigen Demokratie im ländlichen Raum“ diskutierten engagierte Menschen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft über Wege zu mehr Mitbestimmung und nachhaltiger Entwicklung.



Foto: Steffen Preiß

Podiumsdiskussion in Grimma mit (v. l.): Prof. Dr. Gernot Barth, Heike Diebler, Wolfram Günther, Harald Vauk und Martin Truckenbrodt

Ein Dialog auf Augenhöhe

Die Podiumsdiskussion, moderiert im interaktiven Fishbowl-Format, bot den Teilnehmenden die Möglichkeit, aktiv ins Gespräch mit den Experten zu treten. Auf dem Podium diskutierten namhafte Gäste wie Prof. Dr. Gernot Barth (Steinbeis Beratungszentrum Wirtschaftsmediation), Heike Diebler (Mittelstands- und Wirtschaftsunion Sachsen) und Wolfram Günther (Vize-Ministerpräsident a. D., Mitglied des Sächsischen Landtags). Besonders ermutigt wurden Frauen, ihre Perspektiven einzubringen und sich aktiv an der Diskussion zu beteiligen – eine Botschaft, die am Frauentag eine besondere Bedeutung hatte.

Ein Auftakt mit Signalwirkung

Die Veranstaltung in Grimma markierte den Beginn einer ganzen Reihe von Werkstätten

der Mutigen, die parteiübergreifenden Dialog fördern und Lösungen für kommunale Herausforderungen erarbeiten sollen. Die Organisatoren riefen dazu auf, Anregungen und konstruktive Kritik einzubringen, um das Format stetig weiterzuentwickeln. „Demokratie lebt vom Mitmachen“, betonte der säch-

sische ÖDP-Landesgeschäftsführer Harald Vauk, der ein Konzept der Berliner gGmbH „ProjectTogether“ für Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene überarbeitete: „Es geht darum, Vertrauen aufzubauen und konkrete Projekte für das Gemeinwohl auf den Weg zu bringen.“

Ein besonderer Dank gilt Prof. Dr. Timo Meynhardt und dem Forum Gemeinwohl e.V., die mit ihrer finanziellen Unterstützung die wichtige Veranstaltung in diesem Rahmen ermöglicht haben.

Die „Werkstatt der Mutigen“ hat in Grimma eindrucksvoll gezeigt: Gemeinsam lassen sich Herausforderungen besser bewältigen – mit Mut, Dialog und dem Willen, unsere Zukunft aktiv zu gestalten. ■

BUNDESARBEITSKREIS CHRISTEN IN DER ÖDP

Evangelischer Kirchentag und Konfliktlösung innerhalb der Partei

Die Vorbereitung eines Infostands beim Deutschen Evangelischen Kirchentag, der vom 30. April bis zum 4. Mai 2025 in Hannover stattfand, stand im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung des Bundesarbeitskreises „Christen in der ÖDP“. Die Teilnehmenden trafen sich am 21. März 2025 in Niedersachsen in der Tagungsstätte der Evangelischen Akademie Loccum, unweit des Steinhuder Meeres, und nahmen auch am geistlichen Angebot des benachbarten Klosters Loccum teil.

Auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlung stand aber auch ein Austausch zu der Frage, wie innerhalb der Partei mit Konflikten umgegangen werden kann, ohne

gleich die Parteischiedsgerichte anrufen zu müssen. Hierzu wurde ein Antrag an den nächsten Bundesparteitag beschlossen. Der traditionelle Spaziergang führte zur namensgebenden Luccaburg.

Eine lebhafte Aussprache ergab sich nach dem gemeinsamen Betrachten des Films „Conclave“, der den fiktiven Ablauf einer Papstwahl zum Inhalt hatte und diesen zum Teil sehr überzogen darstellte.

Die nächste Mitgliederversammlung findet vom 24. bis 26. Oktober 2025 im baden-württembergischen Kloster Beuron im Naturpark Oberes Donautal statt.

Herbert A. Gebhardt



Foto: Dirk Zimmermann

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der BAK-Mitgliederversammlung im niedersächsischen Loccum

BUNDESARBEITSKREIS ARTEN- UND NATURSCHUTZ

Rechte der Natur weltweit – bald auch in Deutschland?

Die Natur wird in Deutschland oft als Objekt des Umweltschutzes behandelt, doch weltweit wächst die Bewegung, der Natur eigene Rechte zu verleihen. Angesichts drängender Herausforderungen, wie Klimawandel, Umweltzerstörung und Artensterben, erhält dieses Konzept immer mehr Aufmerksamkeit. Angestoßen durch die Gründung des „Netzwerks der Rechte der Natur“ vor zwei Jahren unter Beteiligung der ÖDP, widmete sich nun auch unser Bundesarbeitskreis intensiver diesem Thema. So besuchten wir Ende März dazu passend eine Veranstaltung auf der Klimabuchmesse in Leipzig.

Wie können die Eigenrechte der Natur ausgestaltet sein? In welchem Verhältnis stehen sie zu menschlichen Grundrechten, und welche Auswirkungen hätte eine solche Rechtsgemeinschaft mit der Natur? Könnte es auch in Deutschland bald natürliche Lebensräume und biologische Arten geben, die als Rechtspersonen vor Gerichten auftreten? Könnten Rechte der Natur wirksamere Mittel für effektiven Naturschutz sein? Diesen und anderen hochaktuellen Fragen widmeten sich im Nachgang ihrer Lesung die Leipziger Juristin Julia Zenetti, der Fachanwalt für Verwaltungsrecht Bernd Söhnlein aus Neumarkt/Opf. und der Tübinger Philosoph Matthias Kramm. In der Podiumsdiskussion wurde diskutiert, wie ein ökologisches Rechtssystem Biodiversität und Lebensgrundlagen schützen könnte – etwa durch die Anerkennung von Flüssen, Bergen oder Wäldern als Rechtspersonen. Weltweit sind während der letzten 20 Jahre unabhängig voneinander bereits zahlreiche

Schritte und juristische Umsetzungen in diese Richtung erkennbar.

Die ÖDP könnte durch die Integration dieses Themas in Wahlprogramme landes- wie bundesweit ihre Rolle als Vorreiterin im Umweltschutz stärken. Dementsprechend hat der Bundesarbeitskreis Arten- und Natur-

Naturrechte sehen die Natur als ein verbundenes Ganzes mit einem eigenen Wert.

schutz nun einen Antrag zur Aufnahme der „Rechte der Natur“ in das Bundespolitische Programm der ÖDP zur Behandlung auf dem Bundesparteitag eingereicht. Es würde nicht nur die Dringlichkeit des Schutzes natürlicher Lebensgrundlagen unterstreichen, sondern auch eine klare zeitgemäße wie ethische Haltung aufzeigen.

Das „Netzwerk Rechte der Natur“, gegründet im Jahr 2023, brachte Juristen, Wissenschaftler, Umweltaktivisten und -organisationen wie den Naturschutzverband NABU und die Deutsche Umwelthilfe zusammen. Das Netzwerk arbeitet dabei eng mit der weltweiten „Rechte der Natur“-Bewegung (GARN, ELGA u. a.) zusammen. Aktuelle Umweltgesetze regulieren bis dato nur die menschlichen Aktivitäten und minimieren allenfalls deren schädliche Auswirkungen auf die Umwelt. Sie konzentrieren sich oft auf einzelne Probleme wie die Kontrolle von Verschmutzungen, sind menschenzentriert und schützen die Umwelt nur zum Nutzen der Menschen. Die Durchsetzung aktueller Um-



Die Autoren (von links): Julia Zenetti, Dr. Matthias Kramm und Bernd Söhnlein im März 2025 auf der Klimabuchmesse in Leipzig

ein Recht auf ungefährdete Existenz, sondern im Schadensfall auch einen Anspruch auf Entschädigung und Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands bekommen. Flüsse sollen außerdem einen dauerhaften Zugang zu den für ihre Existenz notwendigen Wasserquellen erhalten.

In Ecuador wurden 2021 Pläne zum Abbau von Bodenschätzen gestoppt, da sie in der Verfassung verbriefte Rechte der Natur verletzt hätten. Ähnliche Fortschritte im Sinne der Natur und der auf sie angewiesenen Menschen konnten in Kolumbien, Bolivien, Neuseeland, Indien und sogar den USA verzeichnet werden. In Europa besitzt seit September 2022 die Salzwasserlagune Mar Menor als erstes Ökosystem eigene Rechte. Ein bedeutender Schritt wurde in Deutschland am 2. August 2024 erzielt, als das Landgericht Erfurt unter Richter Dr. Martin Borowsky erstmals Rechte der Natur anerkannte. Dieses Urteil markiert einen Wendepunkt und fördert eine Balance zwischen menschlichen und ökologischen Interessen, indem es der Natur als Subjekt eine gewisse juristische Wehrhaftigkeit verleiht.

Währenddessen gibt es auf internationaler Ebene viele weitere Erfolge: So haben bereits acht europäische Länder Schritte unternom-

Naturrechte sehen die Natur als ein verbundenes Ganzes mit einem eigenen Wert.

men, Naturrechte auf Verfassungsebene zu prüfen. Im März 2024 verabschiedete die EU zudem eine Richtlinie, die für vorsätzliche und irreversible Schädigungen bedeutenden Ausmaßes an der Natur (vergleichbar mit einem „Ökozid“) hohe Strafen vorsieht. Damit etablieren sich die Rechte der Natur zunehmend als Schutz gegen Ausbeutung und Zerstörung. ■

BUNDESARBEITSKREIS MOBILFUNK

Vorsorgeprinzip als programmatischer Grundsatz

Auf der Mitgliederversammlung des BAK Mobilfunk am 12. März 2025 wurde der Vorstand neu gewählt. Marion Schmidt wurde einstimmig als Vorsitzende bestätigt. Stellvertretender Vorsitzender ist nun Jakob-Josef Sedlmeier. Als Beisitzer/-innen wurden Prof. Dr. Dr. habil. Klaus Buchner, Thomas Löb und Beatrix Springer wiedergewählt. Dietmar Auffurth, Dr. Niels Böhling, Prof. Dr.-Ing. habil. Wilfried Kühling und Dr. Cornelia Mästle stehen dem BAK Mobilfunk weiterhin beratend zur Seite. In die Bundesprogrammkommission wurden Marion Schmidt und Otto Baronky (als Vertreter/-in) entsandt.

Der BAK Mobilfunk zählt aktuell 46 Mitglieder, darunter Fachleute aus Telekommunikationstechnik, Hochfrequenzphysik, Ingenieurwesen, Medizin, Biochemie und weiteren Fachrichtungen. Viele von ihnen verfügen über langjährige Erfahrung in Mobilfunk-Themen.

Mit dem neuen Antrag „(Mobil-)Funk umwelt- und gesundheitsverträglich gestalten!“ für das Bundespolitische Programm unterstreicht die ÖDP als Naturschutzpartei ihr Engagement für Umwelt- und Gesundheitsschutz. Grundlage unserer Politik ist das Vorsorgeprinzip: Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen ernst genommen werden, wenn zahlreiche international anerkannte Studien Risiken für Mensch und Natur aufzeigen. Dies entspricht unserem ÖDP-Grundsatzprogramm, das die „Achtung vor dem Leben in all seinen Ausprägungen – Pflanzen, Tiere, Menschen – als heilig und damit schützenswert“ definiert.

Als politische Partei benennen wir klar und unmissverständlich potenzielle Risiken. Unsere Programme sind keine akademischen Abhandlungen, sondern politische Leitlinien mit klarem gesellschaftlichem Auftrag. Die ÖDP ist die einzige Partei, die sich konsequent für gesundheitsverträglichen Mobilfunk einsetzt. Der BAK Mobilfunk arbeitet weiter daran, öffentliche Statements zu formulieren und die Alleinstellungsmerkmale der ÖDP auszubauen.

Die ÖDP bildet hier einen Gegenpol zur Medienlandschaft, die bereits seit Beginn der 2000er-Jahre das Thema weitgehend ignoriert und interessierte Journalisten zurückruft, während sich in der Wissenschaftswelt Ergebnisse mehren, welche eigentlich kommuniziert werden sollten. Immerhin finden sich in der „emf-Datenbank“ der RWTH Aachen 46.536 Studien (Stand: 02.04.2025), die sich mit hoch- bzw. niederfrequenten Feldern beschäftigen. Diese Diskrepanz versucht die ÖDP zu überbrücken und der sogenannten „Agnotologie“, der gezielten Verbreitung von Unwissen im Falle der Funkwirkungen, entgegenzuwirken. Ein Mittel dieser Agnotologie ist, wenn eben keine Nachrichten erscheinen, wenn es sie bräuchte, ein weiteres, wenn Experten in Zweifel gezogen und verleumdet werden. Solche Strategien sind bereits von der Tabakindustrie bekannt (vgl. SZ vom 04.11.2014: „Wissenschaft wurde als Nebelwand missbraucht“: www.t1p.de/l2dj).

Besonders relevant sind die Publikationen der Europäischen Umweltagentur (EUA) „Späte Lehren aus frühen Warnungen – Das Vorsorgeprinzip“ von 2002 (www.t1p.de/dnv2)

und von 2013 (www.t1p.de/ppl06), die zeigen, wie gesundheitliche Risiken oft erst verzögert anerkannt werden.

Ein Zitat aus der Zusammenfassung des EUA-Berichts von 2013 (S. 36): „Das Kapitel zeigt, wie oftmals wirtschaftliche Motive der Grund für geschäftliche Entscheidungen sind, die die Vorsorge außer Acht lassen. In praktisch allen untersuchten Fällen empfanden es die Branchen als gewinnbringend, potentiell schädliche Produkte oder Betriebsabläufe zu verwenden. (...) Zum Beispiel können Merkmale des Forschungsumfelds und der behördliche Kontext Wirtschaftsakteuren Möglichkeiten zu ‚politischem Handeln‘ bieten, um Frühwarnzeichen zu leugnen oder gar zu unterdrücken. (...) Es ist notwendig, ein besseres Verständnis dafür zu entwickeln, dass Wirtschaftsakteure nicht freiwillig mit Vorsorgemaßnahmen auf Frühwarnzeichen reagieren, und dies entsprechend bloßzustellen.“

Der BAK bleibt seinem Auftrag treu: Schutz von Mensch und Umwelt, Hinterfragen gängiger Narrative und eine faktenbasierte Aufklärung über Risiken und Alternativen.

Der BAK Mobilfunk bleibt seinem Auftrag treu: Schutz von Mensch und Umwelt, Hinterfragen gängiger Narrative und eine faktenbasierte Aufklärung über Risiken und Alternativen. Unser Anspruch ist eine seriöse, wissenschaftlich fundierte Kommunikation über Mobilfunkrisiken. Wir stützen uns auf industrieunabhängige, international anerkannte Studien und Reviews, deren Ergebnisse sich in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder bestätigt haben.

Der BAK Mobilfunk handelt gemäß Grundsatzprogramm der ÖDP für den Schutz des Lebens (Pflanzen, Tiere, Menschen), gegen grenzenloses Wachstum, für Gemein-



Foto: fotojoy/pixabay.com

wohlökonomie. Als ÖDP stellen wir uns auch schwierigen Themen, die von anderen gemieden werden, weil eine Befassung damit unbequem sein könnte. Wir passen uns nicht der Mehrheitsmeinung an, sondern gehen der Wirklichkeit auf den Grund und informieren zu Risiken und Gefahren. Unser Ziel ist eine aufgeklärte Nutzung moderner Technologien, die man nie bereuen muss.

In einer Partei, die grenzenloses Wirtschaftswachstum propagiert, hätte ein BAK Mobilfunk keinen Platz. Die ÖDP hingegen steht für Nachhaltigkeit, Gemeinwohl-Ökonomie und kritische Reflexion – zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger.

MARIA OPITZ-DÖLLINGER STIFTUNG

Gründungsprozess nimmt Fahrt auf

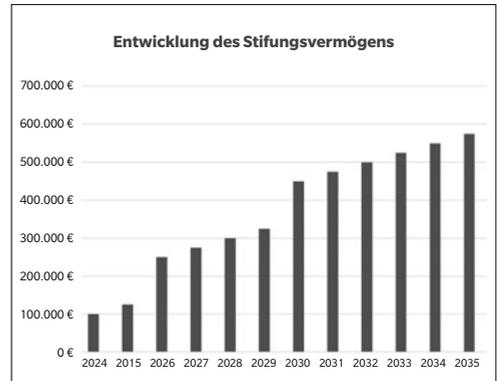
Insgesamt 130 Stifter und Stifterinnen gründeten letztes Jahr zur Förderung der politischen Bildung und des Umweltschutzes mit insgesamt 183.552 Euro die ÖDP-nahe Maria Opitz-Döllinger Stiftung (MOD-Stiftung). Damit wurde die letzte Voraussetzung für eine aussichtsreiche Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zur Teilhabe an der staatlichen Stiftungsfinanzierung geschaffen. Mit einer ersten mündlichen Verhandlung in Karlsruhe ist in den nächsten Monaten zu rechnen.

Die zuständige Stiftungsaufsicht der Regierung von Oberbayern erkannte die MOD-Stiftung am 23.09.2024 offiziell als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts an. Auf dem 63. Bundesparteitag der ÖDP vom 8.–10.11.2024 in Gersfeld beschlossen alle Delegierten einstimmig (ohne Gegenstimme, ohne Enthaltung), dass die Errichtung der ÖDP-nahen Maria Opitz-Döllinger Stiftung im Sinne der Partei ist. Zudem bestätigte das Finanzamt München mit Bescheid vom 11.12.2024, dass die satzungsmäßigen Voraussetzungen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit erfüllt sind.

Die Gremien der MOD-Stiftung nahmen rasch ihre Arbeit auf: Der Stiftungsvorstand erließ z. B. Förder- und Anlagerichtlinien, entschied über Förderanträge und leitete die Einrichtung eines Stiftungsfonds in die Wege. Der Stiftungsrat beschloss auf seiner ersten Sitzung am 14.12.2024 unter anderem den Haushalt. Die geförderten Projekte finden Sie in der Online-Version dieses Beitrags unter dem folgenden Kurzlink: www.t1p.de/gpsrx

Für die dauerhafte Anerkennung der MOD-Stiftung sind laut der Stiftungsaufsicht der Regierung von Oberbayern weitere Zustiftungen nötig. Im Rahmen des Gründungs-

prozesses wurde – als Teil des geforderten Stiftungskonzepts – die Entwicklung des Stiftungsvermögens wie folgt prognostiziert:



Grafik: MOD-Stiftung

Daher würden wir uns über jede weitere finanzielle Beteiligung sehr freuen, um die dauerhafte Anerkennung der ÖDP-nahen Maria Opitz-Döllinger Stiftung sicherstellen zu können:

Empfänger: Maria Opitz-Döllinger Stiftung
IBAN: DE19 3702 0500 0020 1993 61
Verwendungszweck: Zustiftung

Selbstverständlich stellen wir Ihnen dafür umgehend eine Zuwendungsbestätigung aus. Zustiftungen in den Grundstock einer Stiftung sind übrigens besonders steuerlich privilegiert.

Am 27.06.2025 findet die offizielle Gründungsfeier der MOD-Stiftung in München statt, zu der alle Stifter und Stifterinnen sowie alle an einer Zustiftung Interessierten herzlich eingeladen sind. Falls Sie persönlich eine Einladung erhalten möchten oder Fragen haben, wenden Sie sich bitte an: stiftung@oedp.de

Thomas Schiffelmann

Nanu, keine Werbung?

Vielleicht ist Ihnen aufgefallen, dass die ÖkologiePolitik **keine Werbeanzeigen** enthält. Damit folgt sie der Mission der ÖDP, von Spenden und Sponsoring aus der Wirtschaft unabhängig zu sein. Gute Beiträge zu Ökologie und Politik gibt es aber nicht umsonst. Hinter jeder ÖP-Ausgabe steckt ein **enormer Aufwand** – auch finanzieller Art.

Gleichzeitig möchten wir, dass die ÖkologiePolitik Ihnen einen Mehrwert bietet. Das unterstreichen wir mit einer neuen Veranstaltungsreihe zu den Heftthemen der ÖP-Ausgaben. Wenn Ihnen diese Angebote wichtig sind, freuen wir uns über Ihre **einmalige oder regelmäßige Spende**.

Besonders hilfreich sind dauerhafte Förderungen: Schon mit 5,- € im Monat bzw. 60,- € im Jahr tragen Sie dazu bei, die ÖkologiePolitik dauerhaft als hochwertiges und werbefreies Angebot der **umweltpolitischen Bildung** zu sichern.



Ökologie Politik

Förderung:
www.oekologiepolitik.de/abonnement



Spende:
 Ökologisch-Demokratische Partei
 Verwendungszweck: ÖkologiePolitik
 Bank für Sozialwirtschaft
 BIC: BFSWDE33XXX
 IBAN: DE47 3702 0500 0009 8152 01

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Demokratie ist in Gefahr!

Die Demokratie ist weltweit auf dem Rückzug. Sie wird bedroht von radikalen Kräften, Diktatoren und Autokraten, von mächtigen Konzernen und Organisationen, von Populisten und Scharfmachern. Wir alle sind aufgerufen, unsere Demokratie und unsere demokratischen Rechte zu verteidigen – und auszubauen.

Es braucht gerade jetzt Menschen, die mit uns unsere Demokratie verteidigen und stärken. Gehören Sie dazu? Dann werden Sie gleich heute Mitglied der ÖDP!!



Beitrittsantrag

Ich bin mindestens 14 Jahre alt und beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei als

- sofortiges reguläres Mitglied Schnuppermitglied¹
- Ich möchte zusätzlich Mitglied in der „Bundesvereinigung JÖ – jung.ökologisch“ sein.²

¹ Als Schnuppermitglied sind Sie im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritt möglich und kann nicht verlängert werden.

² Nur für Personen unter 36 Jahren. Wenn Sie gleichzeitig der ÖDP beitreten, zahlen Sie nur den ÖDP-Mitgliedsbeitrag, ansonsten 15,- Euro pro Jahr für die JÖ-Mitgliedschaft.

Pflichtfeld* bitte ausfüllen!

Vorname* _____

Name* _____

Straße, Hausnr.* _____

PLZ, Ort* _____

E-Mail* _____

Mobil/Telefon* _____

Beruf _____

Geburtstag* _____

Der Beitritt wurde mir empfohlen

von _____

Frühere und aktuelle Parteimitgliedschaft/-en (Partei/Zeitraum)*: _____

Ort, Datum* _____

Unterschrift* _____

Sie haben ein Recht auf Auskunft und Löschung und können einer weiteren Nutzung Ihrer Daten jederzeit an datenschutz@oedp.de widersprechen. Zusätzliche Informationen: www.oedp.de/datenschutz

Nutzen Sie alternativ unser Online-Formular:
www.oedp.de/mitgliedschaft

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr)

- den Regelbeitrag von 8,- Euro pro Monat
- den Familienbeitrag von 8,- Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert auflisten)
- den Seniorenbeitrag von 4,- Euro pro Monat
- den ermäßigten Beitrag von 1,- Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, Bürgergeld-Empfänger)

Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von _____ Euro

Ich übernehme die jährlichen Kosten für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“:

- 20 € als Postsendung 10 € als PDF (digital)

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE17ZZZ0000029054
Mandatsreferenznummer: (wird separat nachgereicht)

Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, Zahlungen von meinem angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der ÖDP auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ein Widerspruch ist ab Belastungsdatum acht Wochen möglich. Es gelten die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

- jährliche Abbuchung halbjährliche Abbuchung

Kontoinhaber/-in* _____

IBAN* _____

Bank/BIC _____

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit dem Steuerausgleich werden unabhängig vom persönlichen Steuersatz 50 % des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§ 34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

Ort, Datum* _____

Unterschrift* _____

Bitte ausschneiden und per Post senden an:
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommerngasse 1
97070 Würzburg | Fax: 0931 4048629



Mehr ÖkologiePolitik

Die ÖkologiePolitik ist im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 20,- Euro (per Post) bzw. für 10,- Euro (per E-Mail) im Jahr abonnieren.

Alle Infos unter: www.oekologiepolitik.de/abonnement/



IMPRESSUM

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: **1. Juli 2025**

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: 0931 40486-0, Fax: 0931 40486-29
info@oedp.de | www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann
Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München
guenther.hartmann@oedp.de

Jan Altnickel, Unstruttal/Thüringen
jan.altnickel@oekologiepolitik.de

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe

Dr. Björn Benken, Günther Brendle-Behnisch,
Dr. Andrea Brieger, Herbert A. Gebhardt,
Gerd Pfitzenmaier, Manuela Ripa,
Thomas Schiffelmann

Interviewpartner/-innen

Marco Bülow, Christian Felber, Ralf Hanselle,
Prof. Dr. Bernhard Hommel

Grafik/Satz

Heike Brückner – Grafikstudio Art und Weise, Regensburg
heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik – Ökologisch-Demokratische Partei
Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz
Tel.: 06131 679820, redaktion@oekologiepolitik.de
www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE74 3702 0500 0009 8152 00 | BIC: BFSWDE33XXX

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und der politischen Willensbildung.



ÖkologiePolitik wird gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen Engel.

ÖkologiePolitik

Thema im September 2025:

Rechte der Natur



21./22.06.2025 (Sa./So.)
ÖDP-Bundesparteitag (online)
www.oedp.de

30.07.2025 (Mi.)
ÖP im Dialog: Demokratie verteidigen und stärken! (online)
<https://t1p.de/19bwg>

30.08.2025 (Sa.)
Landesparteitag der ÖDP Niedersachsen (in Hannover)
www.oedp-niedersachsen.de

17.–19.10.2025 (Fr.–So.)
ÖDP-Bundesparteitag (in Bingen, Rheinland-Pfalz)
www.oedp.de

25.10.2025 (Sa.)
Landesparteitag der ÖDP Thüringen (in Apfelstädt)
www.oedp-thueringen.de

15.11.2025 (Sa.)
ÖDP-Bundeshauptausschuss (in Würzburg)
www.oedp.de

21.–23.11.2025 (Fr.–So.)
Landesparteitag der ÖDP NRW
www.oedp-nrw.de

22.11.2025 (Sa.)
Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Regensburg)
www.oedp-bayern.de



Ökologie Politik -im Dialog

Die zweite Online-Veranstaltung
mit den Interviewpartnern des
aktuellen Hefts:

**Demokratie
verteidigen und stärken!**

am 30.07.2025 um 19:00 Uhr –
u. a. mit Dr. Björn Benken,
Prof. Dr. Bernhard Hommel
und Ralf Hanselle

Aktuelle Infos unter:

<https://t1p.de/19bwg>



**Diskutieren
Sie mit!**

